

Lübbeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübbeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 10.00 Mt.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtpaltene Beilage oder deren Raum 250 Dlg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 200 Dlg. Reklamen 1000 Dlg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 22.

Donnerstag, den 26. Januar 1922.

29. Jahrgang.

Auf dem Wege zur Zwangsanleihe. Eine Milliarde Goldmark.

Dr. L. Lübbed, 26. Januar.

Die Zeit drängt; im Laufe dieser Woche muß Deutschland der Entente einen Zahlungs- und Finanzplan unterbreiten. Dieser Plan soll nicht nur die Höhe der deutschen Zahlungsfähigkeit bestimmen, er soll auch die Art der Ausbringung der Reparationsmittel darlegen, und vor allem hat er über die beabsichtigte Ordnung der inneren Reichsfinanzien Aufschluß zu geben.

In dürren Worten verlangt also die Entente von der deutschen Regierung Angaben darüber, welche neuen Steuern sie aufzulegen gedenkt, um die Ansprüche der Entente weitgehend zu befriedigen.

Um diese neuen Steuern spielt sich im Reichstag seit Wochen, ja seit Monaten ein hartnäckiger Kampf ab; eine Einigung kam nicht zustande. Jetzt, fünf Minuten vor dem Verstreichen der Frist, erkennt plötzlich jeder den Ernst der Lage. Alles schreit Krise, es muß sein. Wer über die deutsche Politik der letzten Jahre nachdenkt, der wird zu seiner Beschämung finden, daß der Reichstag sich immer erst in der letzten Minute zu irgend einem Entschluß aufraffen konnte.

Um diesmal die ganze Verwirrung verstehen zu können, muß man sich folgendes klar machen: Das Kabinett Wirth hat auf dem Wege der ehrlichen Erfüllung eine Reihe von Erfolgen erzielt; mit Ausnahme der „Lübbedischen Anzeigen“ ist man im ganzen Reiche darüber einig, daß seine Außenpolitik nicht nur die einzig richtige, sondern auch die einzig mögliche ist. Es wäre unter diesen Umständen ein glattes Verbrechen, wollte man Wirth stürzen. Erneutes Mißtrauen Englands wäre die Folge, Triumphgeheul des liebenswerten Zweigeckirns Poincaré-Barthou.

Außenpolitische Rücksichtnahme trieb also zwangsläufig auf den Steuerweg der Verständigung auf der Grundlage der bisherigen Wirth'schen Koalition. Dieser Verständigung standen gewaltige Hindernisse im Wege; ganz sind sie auch jetzt noch nicht beseitigt. Die Sozialdemokratie verteidigt mit allen Mitteln den Gedanken der Sachwertbesteuerung; Wirth selbst liegt ebenfalls auf dem Gedanken einer starken Besitzsteuer fest; hat er doch in mehreren großen Volksversammlungen das Versprechen abgegeben, endlich den Reichtum in großem Umfange zu den Reichslasten heranzuziehen. Das Zentrum als Partei aber hat sovieler mittelbäuerliche Wähler in seinen Reihen, daß es vor einer weitgehenden Befragung des Sacheigentums, besonders der landwirtschaftlichen Grundstücke, starke Angst hat.

Außerdem genügen ja Sozialdemokratie und Zentrum noch nicht, um eine Vorlage zur Annahme zu bringen. Bisher traten meistens die Unabhängigen an ihre Seite, um Wirth die nötige Mehrheit zu verschaffen. In der Steuerfrage stellte es sich aber von vornherein als unmöglich heraus, Zentrum und Unabhängige auf irgend einem Weg zusammenzuführen. blieb also nur die Möglichkeit, einen Versuch mit der Volkspartei zu machen. Diese war a) wieder mit der Sozialdemokratie nicht unter einen Hut zu bringen. Ueberall ungangbare Wege also. Man klüfferte und tuschelte von Regierungskrise in dem Wandelgange des Reichstages; man sprach von der kommenden rein bürgerlichen Regierung mit Stresemann an der Spitze; schwere politische Erschütterungen drohten wieder einmal am Horizont der deutschen Politik.

Aber es ging harmlos ab, wie immer. Als die bürgerlichen Parteien die Entschlossenheit der Sozialdemokratie, lieber in die Opposition zu gehen als auf die wirkliche Besteuerung der Vermögen zu verzichten, sahen, da wurden sie wieder klein. Und das Zentrum machte unter dem Einfluß Wirths einen Gegenvorschlag, der dem sozialdemokratischen Standpunkt sehr nahe kam. Man schlug vor, den Besitzern der Sachwerte eine große Zwangsanleihe aufzuerlegen. Die sozialdemokratischen Unterhändler faßten den Gedanken auf, und knüpften Bedingungen daran. Sie verlangten, daß diese Anleihe in Goldmark aufgelegt werden soll, und daß sie für absehbare Zeit zinslos zu bleiben hat. Darob großes Geschrei bei der Volkspartei, die nur eine freiwillige Anleihezeichnung gewähren wollte.

Das Zentrum aber trat, offenbar unter dem Zwange des außenpolitischen Druckes, der Meinung der Sozialdemokraten bei. Und so kam man, nach langem Hin und Her, wirklich in letzter Stunde zu einem Kompromiß. Vorkäuflich und diesem Kompromiß allerdings erst Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum beigetreten. Die Mehrheit ist also noch keineswegs gesichert; aber es scheint doch, daß die Stimmung des Reichstages gegen eine neue Krise ist.

Die Goldanleihe in der zur Zeit beabsichtigten Form deckt sich mit dem Gedanken der Sachwertbesteuerung weitgehend. Trotzdem ist sie nicht das, was wir seit Monaten anstreben. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen war aber wohl kaum mehr zu erreichen; und aus Rücksicht auf unsere peinliche außenpolitische Lage durften wir auf keinen Fall das Ministerium Wirth gefährden.

Rein innenpolitisch betrachtet wäre es zweifellos richtig gewesen, den bürgerlichen Parteien die Fühne der Sachwertsteuer zu zeigen, und wenn nötig, aus der Regierung auszutreten. Ein kleiner Blick auf die Außenpolitik zeigt die absolute Ungangbarkeit dieses Weges.

Der Gedanke der Goldanleihe ist noch neu, noch unerprobt. Wird er sich bewähren, so wird die jetzige Goldanleihe nur ein kleiner Anfang sein, der in der Folge mehr und mehr auszubauen sein wird. Als Beginn scheint uns auch der Betrag von einer Goldmilliarde hoch genug zu sein.

Zum Schluß möchten wir noch einem Gedanken Ausdruck geben. Wenn die Goldanleihe das Eintrittsgeld der Volkspartei für ihre Regierungsteilnahme ist, wenn sie also der Judaspfennig sein soll, der uns etwas mit einer neuen Politik ausföhnen möchte, so ist sie für uns ohne jeden Wert. Dann werden wir das ganze Kompromiß mit allen Mitteln bekämpfen.

Die Verhandlungen.

SPD. Berlin, 25. Januar.

Der Mittwoch stand im Reichstag auch im Zeichen der Verhandlungen über das Steuerkompromiß. Infolge der Sitzungen fast aller Fraktionen mußten die Ausschüsse schon nach kurzer Tagung abbrechen. Auch das Plenum hatte nur eine knapp zweistündige Sitzung, die ausgefüllt wurde mit einer deutschnationalen Interpellation über den Wagenmangel bei der Eisenbahn. Man kann sich vorstellen, wie schwach die Befehung des Plenums war und mit welcher Teilnahmslosigkeit die wenigen im Sitzungsaal anwesenden Abgeordneten dem fern von den Tagesfragen stehenden Thema folgten. Das Interesse der Abgeordneten und der Schwärme von Pressevertretern war seit 9½ Uhr morgens dem Sitzungsaal des Hauptausschusses zugewendet, wo hinter verschlossenen Türen das Zentrum, die Volkspartei, die Demokraten und die bayerische Volkspartei versuchten, ein für die Sozialdemokratie annehmbares Angebot zustandezubringen. Reichskanzler Wirth und Dr. Rathenau, der insbesondere die außenpolitischen Wirkungen prüfte, hatten auf die Verhandlungen starken Einfluß. Schließlich kam man zu dem Ergebnis, eine einmalige Zwangsanleihe in Höhe von 40 Milliarden Papiermark zu erheben, dafür aber auf die sofortige Einziehung des zweiten Drittels des Notopfers und auf die Besteuerung der Nachkriegsgewinne, die freilich nur etwa 3 Milliarden Papiermark erreichen würde, zu verzichten. Um die Mittagsstunde empfing der Reichskanzler Vertreter der Unabhängigen und der Sozialdemokraten, um sie von diesem Vorschlage zu verständigen. Die Unabhängigen, die sich leider wieder von agitatorischen Rücksichten auch gegen uns leiten lassen wollen, lehnten den neuen Vorschlag sofort ab. Unsere Unterhändler erklärten, die Fraktion befragten zu müssen. Von 3 bis 5 Uhr erörterte unsere Reichstagsfraktion den Kompromißvorschlag des Reichskanzlers. Man entschied sich einstweilen weder für Annahme noch für Ablehnung, sondern beauftragte die Unterhändler, zunächst einmal klarzustellen, wie die Verzinsung der Anleihe gedacht sei und für wieviele Jahre die bürgerlichen Parteien auf eine Verzinsung verzichten würden. Um 5 Uhr begann eine neue interfraktionelle Sitzung unter Mitwirkung der Sozialdemokratie. Auf 8 Uhr abends ist unsere Fraktion zu einer neuen, vermutlich entscheidenden Sitzung eingeladen.

9 Uhr abends. In der interfraktionellen Sitzung, die am Mittwoch nachmittags 5 Uhr begann, wurde zunächst ein Gesetzentwurf über die Zwangsanleihe vorgelegt. Die sozialdemokratischen Unterhändler lehnten diesen Entwurf wegen seiner allgemeinen Fassung ab. In der nächsten Aussprache, in der die Volkspartei erhebliche Schwierigkeiten machte, gelang es, den bürgerlichen Parteien noch einige Zugeständnisse abzurufen. Immerhin konnte am gestrigen Abend noch keine Einigung erzielt werden. Die Verhandlung wurde auf Donnerstag vormittags 10 Uhr vertagt. Die Sozialdemokratie wird weiterhin darauf bestehen, daß der Gesetzentwurf über die Zwangsanleihe durch ein Mantelgesetz unfößbar mit den übrigen Steuervorlagen verbunden wird. Weiter wird die sozialdemokratische Reichstags-

fraktion darauf bringen, daß die Zwangsanleihe 1 Milliarde Goldmark oder wenigstens 40 Milliarden Papiermark beträgt. Ferner wird sie dahin wirken, daß die Anleihe mehrere Jahre nicht verzinst zu werden braucht und später nur mit 2½ Prozent verzinst wird. Die Erträge der Zwangsanleihe sollen nur zur Abgeltung der Sachlieferungen Verwendung finden. Die Entscheidung, ob der landwirtschaftliche Besitz nach Bestwert oder gemeinem Wert versteuert werden soll, wird dem Plenum vorbehalten bleiben. Die Differenzen bestehen noch in einzelnen Fragen. Nach der vorherrschenden Stimmung innerhalb der einzelnen Fraktionen kann mit einem Abschluß der Verhandlungen und dem Zustandekommen des Steuerkompromisses für Donnerstag gerechnet werden.

Die Goldanleihe.

Berlin, 26. Januar.

Der „Kornmärts“ erklärt:
Die Anleihe, die zur Bezahlung von Sachlieferungen dienen soll, ist für die ersten Jahre zinslos gedacht, in den folgenden Jahren soll eine Verzinsung zu einem Satz erfolgen, der weiter unter dem üblichen bleibt. Die Vorlage und die Zwangsanleihe soll durch ein Mantelgesetz mit dem übrigen Finanzgesetz fest verbunden werden. Im Ganzen handelt es sich um einen Vorschlag der Parteien, der es der gegenwärtigen Regierung ermöglichen soll, weiterhin als Deutschlands Mandatsträger gegenüber fremden Regierungen aufzutreten. In Einzelheiten wird noch viel Arbeit übrig bleiben, denn ist man auch über den Berg, so ist es doch noch nicht der letzte.

Die Verständigungsformel.

Berlin, 26. Januar.

Die für gestern nachmittags 5 Uhr anberaumten gemeinsamen Verhandlungen zwischen dem Reichskanzler, dem Zentrum, den Demokraten, den Sozialisten, der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei haben, wie die Telegraphen-Union hört, zu einer vorläufigen Verständigung über den ganzen Komplex der Steuerfragen geführt und zwar auf folgender Grundlage:

- 1) Die Frage der Wertermittlung beim Grundbesitz wird auf Wunsch der Sozialdemokraten aus dem Kompromiß ausgeschlossen und durch Abstimmung im Reichstage erledigt.
- 2) Die Nachkriegssteuer, sowie die Erhebung der letzten beiden Drittel des Notopfers fallen weg.
- 3) Die Zuschläge zur Vermögenssteuer werden an Stelle der ursprünglich vorgesehenen 300 Prozent mit nur 200 Prozent erhoben und die Staffeln der Vermögenssteuer auf der mittleren Regierungsvorlage und den Kommissionsbeschlüssen festgelegt.
- 4) Der Reichskanzler verpflichtet sich zu einer unverzüglichen und zeitgemäßen Neuregelung aller Steuererträge, insbesondere der der Erwerbsteuer.
- 5) Die Parteien stimmen der Erhebung einer Zwangsanleihe bis zur Höhe von 1 Milliarde Goldmark zu.

Die vorläufige Erhebung dieser Zwangsanleihe soll bis zum Inkrafttreten der neuen Vermögensveranlagung zum Reichsnotopfer erfolgen. Außerdem werden alle Garantien gegeben werden, daß der Ertrag der Anleihe nur zum Zweck des Wiederaufbaues verwendet wird. Viele Vorschläge werden von den Vertretern ihrer Fraktionen vorgelegt werden, deren Entscheidung für heute nachmittags 10 Uhr zu erwarten steht. In parlamentarischen Kreisen rechnet man, soweit sich die Lage zur Zeit überblicken läßt, mit der allgemeinen Annahme des Kompromisses.

Die Stellung der Parteien zum Steuerkompromiß.

Berlin, 26. Januar.

Nach Schluß der interfraktionellen Besprechungen traten gestern abend die Fraktionen der Deutschen Volkspartei und der Mehrheitssozialisten zusammen. Die volksparteil. Fraktion nahm nur den Bericht ihrer Vertreter bei den interfraktionellen Besprechungen entgegen. Sie wird erst heute vormittags zum Steuerkompromiß endgültige Stellung nehmen.

Die Mehrheitssozialisten befaßten sich ebenfalls mit dem Steuerkompromiß. Sie gaben ihm ihre Zustimmung, jedoch wünscht die Fraktion einige kleinere Änderungen. Auch der Gedanke der Erweiterung der Koalition wurde besprochen, findet jedoch bei den Mehrheitssozialisten im gegenwärtigen Augenblick noch sehr erheblichen Widerstand.

Einleitung von Verhandlungen über den Abschluß eines deutsch-amerikanischen Vertrages.

Berlin, 26. Januar.

Aus Washington wird gemeldet: Der „Temps“ erklärt, daß bei der gestrigen Konferenz im Weißen Hause zwischen Harding, Hughes und den republikanischen Führern beschlossen wurde, Verhandlungen über den Abschluß eines neuen deutsch-amerikanischen Vertrages einzuleiten. In diesem Vertrag wird die Schaffung einer interparlamentarischen Kommission vorgeschlagen, die die privaten Schadensersatzforderungen aus dem Kriege zu regeln hätte.

Deutscher Reichstag.

159. Sitzung.

Mittwoch, 25. Januar, mittags 1 Uhr.

Präsident Loebe teilt mit, daß um 3 1/2 Uhr die Beratungen abgebrochen werden sollen, damit die Fraktionen zu den wichtigen politischen Fragen Stellung nehmen können. Auf der Tagesordnung steht zunächst eine deutschnationale Interpellation über den Wagenmangel bei der Reichseisenbahn.

Bohl-Hall (D.F.P.) fordert in der Begründung der Interpellation Vermehrung des Wagenbaues, raschere Erledigung der Reparaturen. In die Verwaltung muß mehr kaufmännischer Geist hineinkommen.

Reichsverkehrsminister Groener: Der Uebergang der Eisenbahnen auf das Reich hat keinen Einfluß auf die Organisation der Wagenstellung. Den deutschen Wagenverband haben wir bereits seit 1911. Im Herbst 1921 haben wir eine große Verkehrswelle gehabt, die zeitweise 60 % Wagen mehr verlangte als im Vorjahre. Der Markt für und seine Folgen, die Getreideeinfuhr und die panikartige Eindeutung der Bevölkerung mit Waren und Nahrungsmitteln für den Winter stellten große Anforderungen an den Verkehr. Die Wagenstellung blieb nur vor 2,2 Millionen im Monat März bis auf 2,86 Millionen im Oktober 1920. Im Oktober 1921 blieb die Wagenstellung auf 4,11 Millionen. Die schlechte Kartoffelernte im Westen hat einen großen Umlauf der Wagen, die aus dem Osten kamen, nötig gemacht. Trotz aller Schwierigkeiten blieb die steigende Tendenz der Wagenstellung auch im Dezember 1921, wenn auch die Besserung mit dem Verkehrsbedarf nicht Schritt halten konnte. Die Zahl der neuen Güterwagen wird im laufenden Wirtschaftsjahr auf 70 000 kommen. Der Reparaturbestand der Güterwagen ist heute beinahe so günstig wie vor dem Kriege. Der Reparaturbestand der Lokomotiven steht immer noch ungünstig. Es müssen 25 000 Tonnen Bunker wieder eingebaut werden; denn während des Krieges sind 50 000 Tonnen Bunker herausgerissen worden. Da der Rheinwasserstand gesunken ist, ist mit einer Verringerung der Kohlennot zu rechnen. In Mitteldeutschland wurden im Januar an mehreren Tagen über 10 000 Wagen Braunkohle verladen, ein Rekord, der bisher noch nicht erreicht wurde. Für Düngemittel wurden im Januar 25 537 Wagen mehr gestellt als im Januar des Vorjahres. Die Mehrstellung der Wagen für Düngemittel seit dem Oktober besitzte sich auf 88 000.

Die Besprechung der Interpellation wird eröffnet durch den Abgeordneten

Quack (D.F.P.), den die Ziffern des Ministers nicht befriedigten. Im letzten Monat wurde in Hamburg nur ein Drittel der angeforderten Wagen gestellt.

ten Hompel (Z.): Die Eisenbahn muß sich eine produktivere Arbeitsweise anschaffen. Das Verkehrsweesen, das Nervenzentrum der Wirtschaft darf nicht versagen.

Die Besprechung der Interpellation wird abgebrochen. Das Haus stimmt dem Vorschlag des Bildungsministeriums auf bessere Berücksichtigung der kulturellen Interessen (Schulwesen) zu. Der Ausschubbericht über die Frage des Weizenmehlverbrauches wird an den Ausschub zurückverwiesen.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag, 3 Uhr. Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung. Schluß nach 3 Uhr.

Die Erfassung der Börsengewinne.

SPD. Berlin, 25. Januar.

Ein Bankfachmann schreibt über die „Steuerliche Erfassung der Börsengewinne“: Die kolossale Haussebewegung im vergangenen Jahre hat an der Börse Umsätze gezeitigt, wie sie in früheren Jahren wohl nie vorgekommen sein dürften. Der Kurszettel, der früher nur einer verhältnismäßig kleinen Volksschicht bekannt war, ist sehr schnell zu einem recht populären Blatt geworden, dessen Erscheinen vielfach mit größter Spannung erwartet wurde. Daß durch die gegen Ende des vergangenen Jahres einsetzende Baisse manche Hoffnung auf einen ansehnlichen Gewinn und mancher bereits realisierte Gewinn infolge von neuen schwebenden Engagements wieder verloren gingen, bedarf keiner Frage. Ebenso sicher ist aber auch, daß gut unterrichtete Kreise und solche mit glücklicher Hand und guten Beziehungen ganz erhebliche Gewinne eingefleckt haben.

Man ist wohl jeder deutsche Bürger verpflichtet, sein volles Einkommen, ganz gleichgültig welcher Art, zu versteuern. Glaubt aber denn irgend jemand, daß diese Gewinne aus Börsengeschäften tatsächlich versteuert werden? Die Masse der Spekulanten, besonders die der Großspekulanten tut dies überhaupt nicht oder nur in sehr bescheidenem Maße. Man weiß sehr genau, daß bei dem jetzigen Nichtbestehen irgend welcher Handhabe zur Erfassung dieser Gewinne eine Kontrolle durch die Steuerbehörde unmöglich ist. Muß denn dies nun für die Dauer so bleiben? Bei gutem Willen läßt sich doch manches bessern. Wie wäre es, wenn die Banken, die doch die Börsengeschäfte des Publikums zur Ausführung bringen, statt die vorgeschriebene Schlupflöcher über jedes Börsengeschäft mit einer Durchsicht (für den Kunden) zu versehen, diese zweimal durchzusehen ließe, und die dadurch ohne jed. Reparatur gemachte zweite Durchsicht der Steuerbehörde zustellen würden. Auf Grund dieser Schlupflöcher würde das Geschäft von der Steuerbehörde in einer Karte festgelegt werden. Der Steuerpflichtige würde angehalten, eine Aufstellung seiner im Steuerjahr getätigten Börsengeschäfte, die den etwaigen Gewinn ausweist, einzuliefern, und nun hätte die Behörde die Möglichkeit, diese Aufstellung an der Hand der in der Karte abgezeichneten Posten zu prüfen. Damit wäre ein Nobis geschaffen, jeden Börsengewinn zu erfassen.

Man komme nicht mit dem Einwand, die Steuerbehörde sei so wie so mit Arbeit überhäuft. Das derzeitige Personal kann zwar diese neue Arbeit nicht mit übernehmen, es ist aber gewiß, daß sich durch diese neue Erfassung von Gewinnen Einnahmen erzielen lassen, die das Vielfache einer kleinen Vermehrung der Steuerbeamten ausmachen wird. Die Börsengewinne können ja auch mit wesentlich höheren Steuerätzen belegt werden als die Einkommen aus Arbeit. Die Reichsregierung sollte diese Anregung prüfen.

Vorläufiger Reichswirtschaftsrat.

Berlin, 25. Januar.

In der gestrigen Sitzung des Außenhandelskommissionärs des Reichswirtschaftsrates wies der Vorsitzende auf die wachsende Bedenken gegen den Reichsbeauftragten für die Hebung der Eisen- und Stahlfrage hin. Der Vertreter des Reichswirtschaftsrates gab im Zusammenhang damit von einem Gegenstand Kenntnis, der eine Abänderung der Verordnung über die Regelung der Einfuhr vom 22. März 1920 bedingt. Dieser ist im Hinblick auf die Zusammenhänge der

Bereinsparung der Behördenorganisation und der Ersparung von Arbeitskräften die Organisation des Reichsbeauftragten baldmöglichst aufgehoben und auf die Zollverwaltung übergeleitet werden. An die Stelle des Reichsbeauftragten würde also die Stelle der Reichsfinanzverwaltung zu treten haben. Auch die nach kaufmännischen Grundsätzen eingerichtete Geschäftsteilung des Reichsbeauftragten, der die Verwaltung der für verfallen erklärten Waren obliegt, soll zur Reichsfinanzverwaltung überzogen. Der Ausschub stimmte den Absichten des Entwurfes zu.

Die deutsche Flugpost.

SPD. Berlin, 25. Januar.

In einer Denkschrift „Zwei Jahre Wiederaufbau der Post“, die das Reichspostministerium herausgibt, finden wir einige Angaben über den jüngsten Zweig des Postwesens, nämlich den Flugverkehr. Nach den Erfahrungen des Weltkrieges hat die Reichspost einen Flugdienst eingerichtet. Freilich ließen sich dafür nur noch die dem deutschen Reich verbliebenen einzigen Reste seines Flugzeugbestandes nutzbar machen. Immerhin war Ende Juli 1920 bereits ein Flugpostnetz von 800 Km. Ausdehnung vorhanden. Außerdem entstanden Linien nach Schweden, Dänemark und Holland durch Verbindung von Berlin, Hamburg und Bremen mit Malmö, Kopenhagen und Amsterdam. Ende April 1921 erreichte das deutsche Flugpostnetz eine Länge von über 4000 Kilometer. Ende September 1921 waren die Flugpostlinien mit einer Gesamtausdehnung von 5048 Km. in Betrieb. Bis Ende Oktober, wo der Flugdienst allgemein bis Frühjahr 1922 eingestellt wurde, bestanden Auslandsverbindungen mit Amsterdam, Rotterdam, London, Kowno, Riga und Reval, ferner mit Danzig und Memel. Nicht angeschlossen an den deutschen Flugpostverkehr sind, infolge Verbots der Entente, das besetzte Gebiet und die Neutralzone. Die Benutzung der Flugpost hat sich von Juli 1920 mit 840 Kilometer bis Juli 1921 mit 5730 auf das siebenfache gesteigert. Zur Freimachung und besonderen Kennzeichnung der Flugpostsendungen hat die Postverwaltung Flugpostmarken herausgegeben. Ein Zwang, sie zu verwenden, besteht jedoch nicht. Die zu den gewöhnlichen Postgebühren erhobenen Flugzuschläge sind, um das Publikum zur Benutzung des neuen Verkehrszweiges anzuregen, sehr niedrig gehalten und betragen z. B. für Postkarten und leichte Briefe nur 20 Pfg. Sehr reg hat sich die Beförderung von Zeitungen durch die Flugpost entwickelt, weil auf diese Weise Zeitungen in größeren Mengen zum Einzelerwerb noch am Tage ihres Erscheinens nach Orten gebracht werden können, die sich mit der Eisenbahn nicht mehr zeitig genug erreichen ließen. Verluste oder Beschädigungen von Flugpostsendungen sind auf deutschen Flugpostlinien bisher nicht vorgekommen. — Die Vorteile, die die Flugpostförderung gewährt, finden noch nicht die gebührende Beachtung, während ein 7.30 Uhr vormittags in Berlin C 2 aufgegebenes Brief nach Dortmund dort mit der Eisenbahn erst 7.17 abends eintrifft, und dann also nur noch als Eilsendung an demselben Tage abgetragen werden kann, erreicht er mit der Flugpost bereits 1.45 Uhr mittags den Zielort und wird auch ohne Bezahlung der Eilbotengebühr noch am gleichen Tage dem Empfänger zugestellt. Das bedeutet für Eilsendungen einen Vorprung von 6 Stunden. Im Verkehr mit dem Auslande lassen sich mit Hilfe der Flugpost sogar Zeitgewinne von 24 bis 30 Stunden erzielen.

Eisenbahnerstreikdrohung und Finanzministerpolitik.

Berlin, 25. Januar.

Derartige Eisenbahnerstreiks sind in den letzten Wochen wiederholt angedroht. Meist sind sie rasch beigelegt worden, nur einmal haben sie bisher größeren Umfang angenommen. Aber Ruhe ist jetzt wegen der bei den Eisenbahnarbeitern noch bei den Eisenbahnbeamten. Beide führen lebhaft Klage, daß die Aufbesserung ihrer Bezüge nicht entfernt den Preisverhältnissen entspricht. Es wird sich heute niemand getrauen, dafür einzustehen, daß nicht eines kühnen Tages ein großer Eisenbahnerstreik ausbricht und die Gesamtwirtschaft sehr schädigt.

Auf Sympathien bürgerlicher Kreise hätten die Eisenbahner freilich in einem solchen Falle nicht zu rechnen. Die gesamte bürgerliche Welt und Presse tadelt lebhaft ihr Vorgehen und fordert von den Angehörigen eines öffentlichen Betriebes, daß sie den Gehörten an die Allgemeinheit und die Not des Staatsgegens nicht an der Hand lassen. Mindestens raschere Fortschritte hätte die Sozialisierung bereits gemacht und würde sie in Zukunft noch machen, wenn jeder Arbeiter und Beamte im öffentlichen Dienst sich nach der Pflicht bemüht wäre, die ihm daraus erwachsen, daß er für die Allgemeinheit schafft und durch seine Leistung ein praktischer Vorläufer des sozialistischen Gedankens sein soll.

Über auf der anderen Seite kann man es unmöglich den Eisenbahnern verübeln, daß sie Vergleiche ziehen. Derselbe Finanzminister Hermes, der ihnen die Aufbesserung zumißt, ist zugleich Ernährungminister. Als solcher hat er die Dünge- und Düngemittelpreise festgesetzt, und zwar in der Weise, daß die Stickstoffdüngemittel entsprechend dem Preise der Kohle steigen und die Phosphorsäure entsprechend dem Weizenpreise des freien Getreides. Den Stickstoffdüngemitteln ist also nicht die deutsche Papierwährung angesetzt, sondern eine Kohlen- und Getreidewährung zugehanden worden.

Dieses Schema für die Festsetzung der Düngemittelpreise ist eine Ungeheuerlichkeit. Der Preis der Kohle muß in Deutschland nicht so sehr aus wirtschaftlichen, als vielmehr aus politischen Gründen sehr steigen und sich dem Weltmarktpreis annähern. In dieser Richtung arbeitet auch die Erhöhung der Kohlenpreise. Unter den Produktionskosten für Stickstoffdüngemittel beizubehalten die Kohle nur etwa ein Viertel; trotzdem wird der Preis für den ganzen Stickstoff um den vollen Betrag der Kohlensteigerung erhöht — wenigstens fordern es ja die Industriellen und man darf Herrn Hermes zutrauen, daß er ihnen auch diese Liebesgabe nicht verweigern wird. Je teurer die Düngemittel werden, desto teurer wird natürlich das handelsfreie Getreide, dessen Preis ohnehin mit dem Sinken des deutschen Marktwertes ständig steigt. Je teurer das Getreide wird, desto höher werden wiederum die Preise für Phosphorsäure; denn als Jader für deren Preisermäßigung dient ja der Getreidepreis auf dem freien Markt, obwohl an sich Phosphorsäurepreis und Getreidepreis kaum in einem inneren Zusammenhang stehen.

Denn so die Eisenbahner setzen, daß derselbe Minister, der unter Berufung auf die Not des Reiches ihr Existenzminimum noch zu verteidigen und herabzusetzen nicht, gewinnreichen Industriellen Liebesgaben über Liebesgaben in den Schoß schüttet und sie für jedes Sinken der deutschen Wälsche im Voraus entschädigt, dann darf man sich freilich nicht wundern, daß diese Eisenbahner nicht die einzigen sein wollen, die Opfer bringen müssen. Der Herr Hermes und die Politik Hermes — ist eine kühne Prognose zum Eisenbahnerstreik.

Der sächsische Eisenbahnerstreik.

SPD. Dresden, 25. Januar.

Über die augenblickliche Streiklage in Sachsen und die Haltung der Eisenbahner geht uns folgender Bericht zu: Die 2000 Personen umfassende Belegschaft des Sächsischen Dresden-Friedrichstadt nahm am Mittwoch eine Abstimmung vor. Von 1555 Beschäftigten stimmten 779 für den Streik und 300 dagegen. Von dem Rest sind 100 abwesend, 100 krank, während die übrigen nicht abstimmten. In Chemnitz soll ebenfalls eine Abstimmung erfolgen. Die vorhergehende Abstimmung in Chemnitz brachte bekanntlich 300 Stimmen gegen und 200 Stimmen für den Streik. Alle sonstigen Mitteilungen über eine angeblich vorgenommene Abstimmung beruhen auf Falschmeldungen. Am Mittwoch nachmittag und abends fanden in Leipzig stark besuchte Versammlungen der Streikenden statt. In der am nachmittag im Stadtpalast stattgefundenen Versammlung wandten sich die Mitglieder der Streikleitung gegen die Fortsetzung des Streiks. In Zwickau ruhen Weiskopf und F. et. abe. In den übrigen größeren Städten Sachsens, z. B. Plauen, Reichenbach, Riesa, Werdau usw. befindet sich das Personal nach wie vor im Dienst.

Eintagung.

Dresden, 26. Januar.

Die Eisenbahner haben gestern nachmittag mit ca. 3000 gegen 30 Stimmen beschlossen, die Arbeit heute nicht wieder aufzunehmen. Die Bedingungen der Eisenbahner für die Wiederaufnahme der Arbeit werden von der Verwaltung erfüllt werden.

Der Kronprinzliche Harem.

Rom Gericht als wahr unterstellt.

Daß ein Gerichtshof im Deutschen Reich als wahr unterstellt, daß der frühere deutsche Kronprinz in seinem Hauptquartier einen Harem von Dirnen heherbergt habe, dürfte vielleicht Erstaunen erregen. Freilich erklärt sich dieser Vorfall ganz amänon. Vor dem Landgericht Frankfurt a. M. als Berufungsinstanz hatte sich am 23. Januar Genosse Redakteur Kurt Lehmann wegen Verleumdung des Offizierskorps des alten Heeres und der Reichswehr zu verantworten. Gegenstand der Anklage war ein Artikel zum 9. November, der auf die „lauernde, hurende und freisinnige Offiziersmoral“ in der Etappe hinwies.

Der Angeklagte trat durch seinen Verteidiger, Rechtsanwalt Falkenfeld, einen außerordentlich umfangreichen Wahrheitsbeweis an. Er benannte über 1500 Zeugen für die Zustände in der Etappe, außerdem legte er zahlreiche Urkunden, Speisekarten aus Offizierskafkas und dergleichen zum Beweis des Etappenlebens vor. Das Gericht hatte eine heilige Scheu, in diese Beweisnahme einzutreten, die so ganz und gar nicht der Absicht der Anklage entsprachen hätte, das Offizierskorps in Schik zu nehmen. Es wußte sich zu helfen, indem es sämtliche vom Verteidiger gestellten Beweisanträge kurzerhand als wahr unterstellte. Unter diesen Beweisanträgen befand sich u. a. auch die Behauptung, die in dem Buch eines bürgerlichen Politikers, „Die Front der Deutschlands“ (Verlag Dunder u. Humblot) aufgestellt ist:

Die Offiziere gaben der Mehrheit nach nur ein Beispiel besonderer Zügellosigkeit. Der deutsche Kronprinz beherrschte einen Harem von Dirnen in seinem Hauptquartier, die Vorbelle für Offiziere überfluteten die Etappe.

Ferner behauptete die Verteidigung, der ehemalige Kronprinz habe ein in seinem Etappenort wohnendes uneheliches junges Mädchen zu seiner Dienerin gemacht, und die empörten Eltern des Mädchens aus dem Dorf abjahren lassen. All das wurde vom dem Gericht kurzerhand als wahr unterstellt, eine nähere Beweisnahme hielt es nicht für nötig. Nicht gerade sehr ehrenvoll für den Kronprinzen!

Man hätte eigentlich meinen müssen, daß nach dieser Wahrheitsunterstellung das Gericht zu einer Freisprechung des Angeklagten gekommen wäre. Aber weit gefehlt! Mit der kniffligen Begründung, daß es ein besonderes Etappenoffizierskorps nicht gegeben (!) habe, daß also durch die Behauptung des Angeklagten auch die Frontoffiziere mit beleidigt (!!) seien, von denen jeder, wenn auch nur für kurze Zeit, einmal in die Etappe gekommen sei (!!), verurteilte das Gericht den Angeklagten zu 1500 M. Geldstrafe. Der Staatsanwalt Kastrup hatte 3 Monate Gefängnis oder 150 000 Mark Geldstrafe (!!) beantragt. Gegen das Urteil ist Revision angemeldet. Bezüglich an der Sache ist, wie das Gericht die Erhebung eines ihm peinlichen Beweises vermeidet, indem es alle Behauptungen des Angeklagten als wahr unterstellt, diesen dann aber trotzdem verurteilt!

Die „teueren“ Betriebsräte.

Pro Tag und Kopf 1,30 Mark.

Im 23er Ausschub des Reichstages ließ die Regierung am Montag anlässlich der Beratung des Beamtenengesetzes feststellen, wie groß die Zahl der Betriebsräte und Beamtensvertreter im Bereiche der Reichseisenbahnenverwaltung ist, wieviel Arbeitsstunden die Betriebsräte verräumen und wieviel Millionen Mark sie dem Reich kosten. Aus dieser offenbar zu bestimmten Zwecken mit ganz besonderem Fleiß bearbeiteten Aufstellung ergibt sich, daß es im Reichseisenbahnbetrieb rund 25 000 (genau 24 798) Betriebsräte und 26 000 Beamtensvertreter gibt. Die Betriebsräte verräumen insgesamt im Monat 200 000 Arbeitsstunden. Dieser Ausfall bedingt einen Kostenaufwand für Löhne von circa 850 000 Mark monatlich, da für die Betriebsräte während ihrer Abwesenheit zum größten Teil Vertreter gestellt werden müßten. Die jährlichen Gesamtkosten, die die Einrichtung der Betriebsräte dem Reich verursachen, belaufen sich auf circa 14 Millionen Mark. Ueber die Beamtensvertretungen liegen genaue Berechnungen noch nicht vor. Schätzungsweise kosten sie 1 1/2 Millionen Mark im Jahre.

Dieses Zahlenmaterial läßt die reaktionäre Presse natürlich in fetter Aufmachung auf ihre Leser wirken, um ihnen zu zeigen, was für ein kostspieliger Apparat doch dieses Mitbestimmungsrecht der Arbeiter ist. Die Endnummern sollen wirken und werden sicher auch bei den „Sparfüßler“ Kapitulanten, Wucherern und Schiebern Eindruck machen. Wie sehen aber die Dinge in Wirklichkeit aus?

Rund 25 000 Betriebsräte verräumen im Monat infolge ihrer geschlichen Tätigkeit 200 000 Arbeitsstunden. Das macht pro Kopf und Monat 8 Stunden, in der Woche nicht ganz 2 Stunden und auf den Tag umgerechnet 15 bis 20 Minuten. Die 25 000 Betriebsräte verursachen im Monat 850 000 Mark Kosten, das macht auf den Kopf umgerechnet 34 Mark im Monat, nicht ganz 8 M. in der Woche und circa 1,30 Mark pro Tag. Dazu kommen noch circa 11 Mark Speise pro Betriebsrat im Monat. Wie bei den Arbeitern, so liegen die Dinge auch bei den Beamten.

Wenn man berücksichtigt, daß die Betriebsräte und Beamtensvertreter schon allein dadurch, daß sie in hundert verschiedenen Fällen ernstliche Konflikte schlichteten, Millionenverluste verhindert haben, dann erscheinen die 25 Millionen

Markt, die man im Jahre für sie ausbildet, doch recht gering. Wenn man darüber hinaus noch all die vielen brauchbaren Vorschläge, die die gesellschaftlichen Arbeiter- und Beamtenvertretungen zur Verbesserung und Verbilligung des Betriebes gemacht haben, verwirklichen würde, man würde das Vielfache dessen aus dem Eisenbahnbetrieb herauswirtschaften können, was die Betriebsräte und Beamtenvertretungen kosten. Aber darauf kommt es der bürokratischen und reaktionären Verwaltung gar nicht an. Ihr Ziel ist es, die Arbeitervertretungen zu diskreditieren, und um dieses Ziel zu erreichen, scheut sie keine Mittel und keine Arbeit.

Vielleicht machen die Vertretungen der Arbeiterschaft einmal eine Aufstellung darüber, wie viele der höheren Verwaltungsbeamten weniger als acht Stunden arbeiten, und wieviel die Eisenbahnverwaltung ersparen könnte, wenn auch diese Kategorien den Achtstundentag voll ausnützen würden.

Eine neue Reichstagsfraktion.

Elf Männlein als „Bereinigte“ Kommunisten.

In der kommunistischen Reichstagsfraktion hat sich der von uns bereits angekündigte Eisenwässel am Dienstag vollzogen. Aus der „Bereinigten“ kommunistischen Fraktion sind ausgetreten: Die Abgeordneten Geyer jr., Eichhorn, Malzahn, Braß, Fries, Plettner und Bertele. Damit ist die kommunistische Arbeitgemeinschaft, zu der die Ausgetretenen übergegangen sind, auf 15 Mann und so zur Fraktionsstärke angewachsen. Die „Bereinigte“ kommunistische Fraktion zählt jetzt nur noch 11 Mitglieder und hat hiermit jedes den Fraktionen zustehende Recht verloren.

Der Wert der Quäterspeisung.

Von Lotte Möller.

S. A. K. Der Wert von Einrichtungen wie die Speisung unserer Kinder durch die amerikanischen Mitglieder der „Religiösen Gesellschaft der Freunde“ (Quäker) kann gar nicht ermessen werden. Er ist ethischer und volkswirtschaftlicher Natur.

In Kürze verlassen uns die Quäker, um andere, zurzeit noch mehr im Vordergrund stehende Aufgaben in Angriff zu nehmen. So wartet in Russland eine ungeheure Aufgabe auf die „Freunde“. Aber auch ihre bei uns geleistete Arbeit war ungeheuer, und sie darf und wird nicht fürder einfach ungetan bleiben, d. h. es wird nicht ohne Weiteres eine Speisung unterernährter Kinder aufhören können. Noch sind wir einige Monate durch die Hilfe der Quäker gesichert. An allen Orten wird, nur mit geringer Einschränkung, weiter gespeist. Aber was dann?

Vorausichtlich wird im Sommer eine größere Speisung nicht stattfinden, zum Herbst aber von Städten, Gemeinden, Ämtern in ähnlicher Weise für eine Extramahlzeit zu sorgen sein. Und warum das? Weil die Speisung der Kinder durch die Quäker nicht ein aus der Luft gegriffener Gedanke eines Wohlwollens war, sondern eine Forderung, die aus der Zeit geboren wurde.

Im Februar 1920 begannen die Quäker ihre Speisung, und im Januar 1921 wurden in 670 Orten 636 155 Kinder und ein Teil jugendlicher und junge Mütter gespeist. Nicht willkürlich, denn nichts in dieser fein durchdachten Speisung war willkürlich!

Der Zweck war, denen in unserem Volke, an denen die Not der Kriegsjahre noch vielleicht am ehesten zu überwinden war, durch eine vollwertige Mahlzeit, die außer den hausüblichen Mahlzeiten gegeben werden sollte, zu helfen. Ob man in der Wahl immer gerecht vorging? Ob der von den Quäkern vorgegriffene „Kohrer-Index“, d. h. eine Gewichtsbestimmung durch den Kubus der Körperlänge dividiert, immer den rechten Ausschluß über die Notwendigkeit einer Teilnahme an einer Speisung gegeben hat? Darauf kommt es nicht so sehr an, sondern die große Wichtigkeit der Frage war die Aufdeckung und Inangriffnahme der Kindernot überhaupt. Wer die Kinder in den Speisungen beobachtet hat und mit ihnen in Verbindung blieb, wer die Erfolge (erhöhte Aufmerksamkeit und Frische im Schulbesuch) mit verfolgte, der weiß, daß die Speisungen tatsächlichen Wert bei Tausenden und aber Tausenden Kindern gehabt haben und auch noch haben.

In gleicher Weise können wir die Speisungen nicht fortführen. Dazu sind wir zu arm. Aber wir können die wertvolle Art der Gesundheitshilfe durch eine besondere Mahlzeit, die in der Schule verabfolgt wird, für die Schwächsten doch hoffentlich durchführen. Es ist notwendig, über den Wert einer Sondermahlzeit, gerade einer Mahlzeit, bestehend aus einer breiartigen Suppe, Kaffee, Bohnen und Erbsen mit eingerechnet, sich klar zu sein. Der letzte mir zur Verfügung stehende Bericht sagt, daß am 8. Dezember 1921, also für die Woche vom 5.—10. Dezember, in den 9 deutschen Speisebezirken durch 1470 Gemeinden in 7650 Speisestellen 587 552 Kinder täglich eine Zusatzmahlzeit erhielten. Wir wollen uns dessen dankbar freuen! Wir wollen aber auch für die Zukunft willig sorgen.

Die Einigungsdebatte.

Der verfloßene Parteitag der USP hat der Einigungsdebatte neue Nahrung gegeben. Wenn der Gortitzer Parteitag von der „unseligen Spaltung“ sprach und der „Vorwärts“ kurz vor Leipzig als einhellige Meinung der Arbeiterschaft wiedergab, „daß die Spaltung nicht mehr lange ertragen werden kann“, ist die offizielle Wochenchrift der deutschen Sozialdemokratie anderer Meinung. Heinrich Cunow liefert darin unter der Ueberschrift „Einheitsfront-Illusion“ eine Betrachtung zum Parteitag der Unabhängigen, gegen die sich Hermann Wendel in der „Globe“ folgendermaßen wendet: „Cunow nimmt wirklich kein Blatt vor den Mund, um die „sogenannte Einigungsfrage ad absurdum zu führen, selbstverständlich mit wissenschaftlichen Beweismitteln“. Alles, was ist, ist vernünftig, und so ist die Spaltung der Sozialdemokratie vernünftig, weil sie der „neuen Klassendifferenzierung“ entspricht! Das sind zwar alle Kamellen. Von einer „Klassendifferenzierung“ innerhalb der Arbeiterklasse schwafelten die Marxisten besonders gern, und auch früher legten sich die Wähler und Anhänger der Partei keineswegs nur aus Handarbeitern zusammen, sondern ebenso aus kleinen Krämer- und Kräutlern, aus Beamten und Kopparbeitern sonst, aber

wer damals mit dieser „Klassendifferenzierung“ die Notwendigkeit einer Zerlegung der Sozialdemokratie in mehrere Parteien begründet hätte, dem wäre wohl der Rat begegnet, sich von seinem Erschöpfungszustand erst einmal ein bißchen auszurufen.

Nicht hieb- und stichfest ist, was Cunow an gewissermaßen politischen Gründen gegen die Einigung vorbringt. Wenn er von dem Zusammenschluß eine Abwanderung unserer „Anhänger aus bürgerlichen Kreisen“ befürchtet, so hat einmal auch die USP. Zulauf aus dem Bürgertum, dann sind uns von den „Anhängern aus bürgerlichen Kreisen“ schon sehr viele, auch ohne Einigung, seit November 1918 durch die Lappen gegangen, und endlich „Anhänger“, die sich aus diesem Anlaß in die Büsche schlagen — guten Abend, Herr Meier, es war uns ein sehr schönes Vergnügen! Wenn Cunow weiter glaubt, daß wir nach der Einigung für die bürgerliche Linke minder „bündnisfähig“ wären, greift er abermals gründlich daneben, denn die bürgerlichen Parteien gehen eine Regierungskoalition mit uns nicht um unserer schönen Augen willen ein, sondern weil sie uns brauchen, und werden uns kaltblütig die Verbindung aufkündigen, wenn sie uns nicht mehr brauchen. Und da die Einigung mit dem andern Flügel des demokratischen Sozialismus der Sozialdemokratie einen Zuwachs an Macht bringt, stärkt sie geradezu unsere „Bündnisfähigkeit“, nachher wird es noch weniger ohne uns gehen als bisher.

Am beschämendsten und niederziehendsten jedoch ist, daß Cunow überhaupt nüchtern und grämlich „Nutzen“ und „Schaden“ der Einigung, die dem Arbeiter eine Herzenssache ist, gegeneinander aufrechnet. Eine „etwas“ größere Stimmenzahl der Sozialdemokratie in den Parlamenten, Zusammenlegung der unabhängigen und mehrheitssozialistischen Blätter, eindruckvollere Straßendemonstrationen und Massenversammlungen, „vielleicht“ auch Ersparnis mancher Ausgaben — nur das führt Cunow auf der Habenseite der Einigung an. Daß neben dem mächtigen Bloß des demokratischen Sozialismus die noch frondierenden Arbeitergruppen und -truppchen einfach verschwinden, daß damit der Sozialismus als solcher eine gewaltige Anziehungskraft gewinne, die verschiedene sich bekämpfende sozialistische Parteien niemals ausüben können, daß die Signale der geeinten Arbeiterpartei breite, heute im Schmelzwinkel der Teilnahmslosigkeit hockende Massen aufwecken, daß ein ganz anderer, mitreißender Zug in den Emanzipationskampf der arbeitenden Klassen käme, für solche Imponderabilien fehlt Cunow jedes Verständnis, und ebensov wenig erfährt er, daß, mindestens wie die Spaltung, so auch die mächtige Strömung für die Einigung, die durch die Arbeiterklasse geht, nichts Zufälliges ist, sondern in der Entwicklung der proletarischen Bewegung begründet liegt.

Diese Strömung wird das Schiff der Sozialdemokratie zum Ziele tragen und jeden mißmutig am Ufer sitzen lassen, der über die Einheitsfront mit gelehrtem Spott die Achseln zuckt. Das Ceterum censeo bleibt; Einheit der sozialistischen Kampffront ist das erste Gebot!

Der siebenjährige Hungerkrieg.

„Und wenn Ihr nach einem gutgelungenen Raubzuge beim Glase sitzt und beim Anstoßen „Gott strafe England!“ ausruft, dann denkt daran, daß Ihr noch weit größere Gauner seid.“

Mit dieser Mahnung eines Landwirtes an seine Berufsgenossen, die der sächsische nationalliberale Landtagsabgeordnete Nitzsche im November 1915 in Reclams „Universum“ veröffentlichte, leitet Karl Marchionini eine soeben im Verlage der Leipziger Buchdruckerei A.-G. („Leipziger Volkszeitung“) erschienene Schrift „Sieben Jahre deutscher Hungerkrieg“ ein, die in rückschauender Betrachtung die Ursachen des heutigen Ernährungsleids aufzeigt.

Karl Marchionini, der mit agrarischen Verhältnissen gut vertraut ist — er war bis zu seinem Uebertritt zur Unabhängigen Partei Redakteur unseres Königsberger Parteiblattes, das bekanntlich im Kampfe gegen das ostpreussische Junkertum und in der Wahrnehmung der Landarbeiterinteressen immer in erster Reihe gestanden hat — will in dieser Schrift zeigen, wie das deutsche Volk schon vor dem Kriege und vor der Blockade durch die Nahrungsmittelproduzenten, also in erster Linie die großen Landwirte, zum Darben verurteilt worden ist, wie dann aber gerade während der Kriegszeit, wo nach einer Aufforderung des Kriegs-ernährungsamtes „keiner für sich, sondern jeder für den anderen und alle für das Ganze, für Volk und Vaterland“ leben sollten, die rücksichtsloseste Ausnutzung des eigenen Volkes durch die deutschen Agrarier einsetzte. Darum spricht das kleine grüne Buch Marchioninis von einem siebenjährigen Hungerkrieg, der heute noch andauert.

Man muß freilich, was in der besprochenen Schrift beiläufig auch geschieht, um der Gerechtigkeit willen feststellen, daß an diesem im Wesen der kapitalistischen Wirtschaft begründeten Hungerkrieg nicht nur die Agrarier beteiligt sind. Mit ihnen zusammen haben die Industriellen, die Großhändler, die wohlhabenden Gewerbetreibenden die arme Bevölkerung ausgezogen. Der reiche Bäckermeister, der in gewinnlüchtiger Absicht dem Kartoffel- und Kleieibrot übermäßig Wasser zusetzte, ist genau so schuldig, wie der Produzent auf dem Lande, der die Kartoffeln und das Getreide dem Schleichhandel zuführte. Und der Schieber, der sich am Kettenhandel beteiligte und dadurch die Preise in die Höhe trieb, oder der sich darauf beschränkte, seine Warenbestände allmonatlich mit neuen und natürlich höheren Preisen auszuzeichnen, gehört auch zu den Schuldigen.

Dem ist noch hinzuzufügen, daß schon gleich nach Kriegsbeginn die damalige Regierung und die damals noch im Reichstag vorherrschenden Parteien sich dadurch schon verurteilten, daß sie alle Warnungen und Vorschläge der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften in den Wind schlugen. Die verspätete, niemals konsequent durchgeführte, sehr einseitige Festsetzung der Höchstpreise, die nur dem Kleinhandel und auch diesem nicht ausreichende Schranken zogen, während der Großhandel fast unbehindert blieb, hatte dazu geführt, daß die Landwirte vielfach für Viehfutter und die Dünge- mittel höhere Preise zahlen mußten, als sie nachher für ihr Vieh und Getreide wiederbekamen. Damit wurden auch die sorglosen Landwirte demoralisiert. Aber im übrigen sorgte schon das böse Beispiel der Raffgierigen unter ihnen dafür, daß von guter Sitte so viel wie nichts übrig blieb.

In der Schrift Marchioninis werden nacheinander 26 Lebensmittelverhältnisse in dem Hungerjahr 1915, der verheerendste Hungerkrieg im Jahre 1916 und — der schrecklichste der Schreden — das Kohlrübenjahr 1917 besprochen. Immer sind die einzelnen Kapitel, die reichlichen Zahlenmaterial über das Hinausschnellen der Preise, die Verflüchtigung der Nationen uim. enthalten, mit einem bezeichnenden Ausdruck irgendeiner autoritären Stelle als Motto versehen. So zum Beispiel neben dem oben zitierten Ausdruck eines sächsischen Landwirts die Worte des Superintendenten v. Lübbe-Numa vom Juli 1915:

„Es ist unwidersprochen als allgemein gültig festgestellt worden, daß von den Landwirten zu den Höchstpreisen trotz aller Gesetze nichts zu kriegen war. Trotzdem nicht nur das Fördern, sondern auch das Nehmen freiwillig gebotener höherer Preise strafbar war, ist nur zu höheren Preisen verkauft und die nötigen Nahrungsmittel sind zurückgehalten worden. Alle Gesetze betr. Anmeldung, Verkauf und Schrotten des Getreides waren Schläge ins Wasser.“

Den erschütternden Elendsbildern, die der Verfasser namentlich aus dem Stehrubenjahr 1916/17 in die Erinnerung zurückruft, stellt er das aufreizende Schwelgen der Großgrundbesitzer, der Großhändler und Schieber, der Offiziere in den Kasinos und im besetzten Gebiet wirkungsvoll gegenüber, vergißt dabei auch nicht, zu erwähnen, was in den Kütstelhäusern, voran bei den Hofzöllnern, an feinsten Nahrungsmitteln und Genussmitteln aufgespeichert wurde.

Die deutschen Agrarier, die nicht durch die Revolution um ihren Besitz gekommen sind, haben sich aber auch nach dem Sturz der Monarchie und der Zertrümmerung des Militarismus trefflich mit den neuen Verhältnissen abzufinden gewußt. Vor allem haben sie das Schreien nach immer höheren Preisen nicht verlernt. Ihre Gewinne sind weit mehr als ihre Produktionskosten gestiegen. Namentlich die Landarbeiterlöhne haben sich noch immer verhältnismäßig niedrig gehalten. Und während jeder Streik der Landarbeiter von ihnen als todeswürdiges Verbrechen am Volk hingestellt wurde, haben sie selbst sich nicht gescheut, durch Drohungen mit Lieferstreiks höhere Preise herauszupressen. Noch im Juli 1921 traf der Reichslandbund Vorbereitungen zu einem Lieferstreik, der dann auch, zur Zeit der Kartoffelernte, prompt einsetzte. Während in den armen Verbrauchersfamilien nicht die notwendigen Kleidungsstücke vorhanden waren, umgab sich die großagrarische Bevölkerung mit Luxus, Raffschon, Automobile, Schmuckstücken, kostbare Möbel und Kleider wurden gekauft. Dann aber wurde dem Alkohol geströmt. In die Produktion wurde nicht genügend hinein gesteckt. Wie es auf dem Lande jugend, schilderte ein Lehrer, der das Leben und Treiben täglich beobachten konnte, in der „Volkszeitung“ in Düsseldorf, Nr. 90 vom 18. April 1921. Er schrieb:

„Von Dorf zu Dorf daselbe traurige Bild: Auf der einen Seite die Masse der Bauern, im Wuchergeldeschwimmend, von Jahr zu Jahr prunk- und genuehlichlicher, mit immer tiefer sinkendem Moralniveau, aber immer höher schwellender Anmohung — auf der andern Seite ein mehr oder minder großer Dorfkreis proletarischer Landexistenzen, wirtschaftlich kaum lebensfähig, macht- und rechtlos der agrarischen Willkür ausgeliefert. Während die Bauernhäuser sozulagen im Gelde schwimmen, hat die Bauerngemeinde für ihre bedürftigen Kriegerwitwen und deren Familien, die mit der staatlichen Rente bei größter Sparsamkeit nicht annähernd auskommen, keinen Pfennig Zuschuß übrig.“

So reiht sich ein Bild ans andere, eins aufrüttelnder als das andere, und mit dem Verfasser des Buches kann man am Schluß nur ausrufen: Jeder Beschloße kann und soll teilnehmen am Kampfe gegen den Hungerkrieg. Mögen die deutschen Hand- und Kopparbeiter handeln, ehe größere Schichten dem furchtbaren Elend dieser Zeit zum Opfer gefallen sind.

Volkswirtschaft.

Butterauktion.

Damburg, 25. Januar. Weiteres Steigen der Butterpreise. Bei der heutigen Auktion der Meierei-Vereine von Schleswig-Holstein machte sich ein solches Steigen der Butterpreise bemerkbar. Die Preise bewegten sich von 47.80—48.00 Mark das Pfund gegen 45.15—45.80 Mark bei der vorwöchentlichen Auktion. Zu diesen Preisen kommt noch ein Zuschlag von 1% Kavaliersgeld.

Devisen-Kurse.

Berlin, 25. Januar.

Amliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	25. Jan.	24. Jan.
Amsterdam	742.55	779.20
Brüssel (Antwerpen)	159.40	162.35
Nishan	3196.80	3326.65
Kopenhagen	408.10	423.75
Stockholm	3104.85	3269.70
Helsingfors	381.60	401.55
Rom	874.10	924.05
London	862.10	891.60
New York	2 2.79	209.79
Paris	1655.60	1705.25
Zürich	3936.05	4115.85
Madrid	2026.95	3151.80
Wien	5.48	5.78
Budapest	27.87	28.97
Pisg	330.60	421.65

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer	Segler	Schiff-name	Kapitan	Vertunftsport	Fahrtzeit	Tage	Std.
Angelommen am 25. Januar.							
D.		Mihan	Quintan	Kopenhagen		2	12
D.		Falken	Voigtmann	Gottingen			
D.		Delphin	Wienke	Rolding		1	
D.		Seelotte	Hammer	Burgstaken			
Angelommen am 26. Januar.							
D.		Mina	Giant	Qellingfors		3	

Verantwortlich: Für Inhalt und Vollständigkeit Dr. J. Veber für Freiheit Lübeck und Neulickton Hermann Bauer, für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Literatur Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Deutscher Reichstag.

159. Sitzung.

Mittwoch, 25. Januar, mittags 1 Uhr.

Präsident Loebke teilt mit, daß um 3 1/2 Uhr die Beratungen abgebrochen werden sollen, damit die Fraktionen zu den wichtigen politischen Fragen Stellung nehmen können. Auf der Tagesordnung steht zunächst eine deutschnationale Interpellation über den Wagenmangel bei der Reichseisenbahn.

Boget-Hall (DVP.) fordert in der Begründung der Interpellation Vermehrung des Wagenbaues, raschere Erledigung der Reparaturen. In die Verwaltung muß mehr kaufmännischer Geist hineinkommen.

Reichsverkehrsminister Groener: Der Übergang der Eisenbahnen auf das Reich hat keinen Einfluß auf die Organisation der Wagenherstellung. Den deutschen Wagenverband haben wir bereits seit 1911. Im Herbst 1921 haben wir eine große Verkehrswelle gehabt, die zeitweise 60 % Wagen mehr verlangte als im Vorjahre. Der Marktsturz und seine Folgen, die Getreideinfuhr und die panikartige Eindeufung der Bevölkerung mit Waren und Nahrungsmitteln für den Winter stellten große Anforderungen an den Verkehr. Die Wagenherstellung stieg von 2,2 Millionen im Monat März bis auf 3,86 Millionen im Oktober 1920. Im Oktober 1921 stieg die Wagenherstellung auf 4,11 Millionen. Die schlechte Kartoffelernte im Westen hat einen großen Umlauf der Wagen, die aus dem Osten kamen, nötig gemacht. Trotz aller Schwierigkeiten blieb die steigende Tendenz der Wagenherstellung auch im Dezember 1921, wenn auch diese Besserung mit dem Verkehrsbedürfnis nicht Schritt halten konnte. Die Zahl der neuen Güterwagen wird im laufenden Wirtschaftsjahr auf 70 000 kommen. Der Reparaturbestand der Güterwagen ist heute beinahe so groß wie vor dem Kriege. Der Reparaturstand der Lokomotiven steht noch immer recht unangenehm. Es müssen 25 000 Tonnen Bunker wieder eingebaut werden; denn während des Krieges sind 50 000 Tonnen Bunker herausgerissen worden. Da der Rheinwasserstand gesunken ist, ist mit einer Verringerung der Kohlennot zu rechnen. In Mitteldeutschland wurden im Januar an mehreren Tagen über 10 000 Wagen Braunkohle verladen, ein Rekord, der bisher noch nicht erreicht wurde. Für Düngemittel wurden im Januar 25 527 Wagen mehr bestellt als im Januar des Vorjahres. Die Mehrherstellung der Wagen für Düngemittel seit dem Oktober befreit sich auf 88 000.

Die Beantwortung der Interpellation wird eröffnet durch den Abgeordneten

Quack (DVP.): den die Ziffern des Ministers nicht befriedigen. Im letzten Monat wurde in Hamburg nur ein Drittel der angeforderten Wagen gestellt.

in Hompel (Z.): Die Eisenbahn muß sich eine produktivere Arbeitsweise anschaffen. Das Verkehrswesen, das Nervensystem der Wirtschaft darf nicht versagen.

Die Beantwortung der Interpellation wird abgeschlossen. Das Haus stimmt dem Voranschlag des Wirtschaftsausschusses auf bessere Verhältnisse der kulturellen Interessen (Schreibzettel) zu. Der Ausschussbericht über die Frage des Alkoholmißbrauches wird an den Ausschuss zurückverwiesen.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag, 3 Uhr. Entgegenwärtige einer Erklärung der Reichsregierung. Schluß nach 3 Uhr.

Die Erfassung der Börsengewinne.

SPD. Berlin, 25. Januar.

Ein Bankfachmann schreibt über die „Steuerliche Erfassung der Börsengewinne“: Die kolossale Hausbewegung im vergangenen Jahre hat an der Börse Umläufe gezeigt, wie sie in früheren Jahren wohl nie vorgekommen sein dürften. Der Kurszettel, der früher nur einer verhältnismäßig kleinen Leserschaft bekannt war, ist sehr schnell zu einem recht populären Blatt geworden, dessen Erscheinen vielfach mit größter Spannung erwartet wurde. Daß durch die gegen Ende des vergangenen Jahres einsetzende Baisse manche Hoffnungen auf einen ansehnlichen Gewinn und mancher bereits realisierte Gewinn infolge von neuen schwelgenden Engagements wieder verloren gingen, bedarf keiner Frage. Ebenso fähig ist aber auch, daß gut unterrichtete Kreise und solche mit glücklicher Hand und guten Beziehungen ganz erhebliche Gewinne eingefleht haben.

Nun ist wohl jeder deutsche Bürger verpflichtet, sein volles Einkommen, ganz gleichgültig welcher Art, zu versteuern. Stimmt aber denn irgend jemand, daß diese Gewinne aus Börsengeschäften tatsächlich versteuert werden? Die Masse der Spekulanten, besonders die der Großspekulanten mit dies überhaupt nicht oder nur in sehr bescheidenem Maße. Man weiß sehr genau, daß bei dem heutigen Nichtbestehen irgend welcher Handhabe zur Erfassung dieser Gewinne eine Kontrolle durch die Steuerbehörde unmöglich ist. Muß denn dies nun für die Dauer so bleiben? Bei gutem Willen läßt sich doch manches bessern. Wie wäre es, wenn die Banken, die doch die Börsengeschäfte des Publikums zur Ausführung bringen, statt die vorgeschriebene Schlußnote über jedes Börsengeschäft mit einer Durchschrift (für den Kunden) zu versehen, diese zweimal durchschreiben ließe, und die dadurch ohne jede Restriktion gewonnene zweite Durchschrift der Steuerbehörde zustellen würden. Auf Grund dieser Schlußnotizen würde das Geschäft von der Steuerbehörde in einer Karte festgehalten werden. Der Steuerpflichtige würde angehalten, eine Aufstellung seiner im Steuerjahr getätigten Börsengeschäfte, die den etwaigen Gewinn ausweist, einzuliefern, und nun hätte die Behörde die Möglichkeit, diese Aufstellung an der Hand der in der Karte abgegebenen Notizen zu prüfen. Damit wäre ein Kodex geschaffen, jeden Börsengewinn zu erfassen.

Man kommt nicht mit dem Einwand, die Steuerbehörde sei so wie so mit Arbeit überhäuft. Das derzeitige Personal kann zwar diese neue Arbeit nicht mit übernehmen, es ist aber genug, daß sich durch diese neue Erfindung von Gewinnen Einnahmen erzielen lassen, die das Vielfache einer kleinen Vermehrung der Steuerbeamten ausmachen wird. Die Börsengewinne können ja auch mit wesentlich höheren Steuersätzen belegt werden als die Einkommen aus Arbeit. Die Reichsregierung sollte diese Anregung prüfen.

Vorkänfiger Reichswirtschaftsrat.

Berlin, 25. Januar.

In der letzten Sitzung des Reichshandelskammerausschusses des Reichswirtschaftsrates wurde der Vorschlag zur Errichtung des Reichswirtschaftsrates gegen den Widerstand der Industrievertreter und der Gewerkschaften für die Errichtung des Reichswirtschaftsrates als ein Ziel angesehen. Der Reichswirtschaftsrat sollte nach dem Vorschlag des Reichshandelskammerausschusses aus einem Vorkänfigen Reichswirtschaftsrat, der eine Abgrenzung der Bereiche über die Regierung der Reichsregierung vom 22. März 1920 besteht. Dieser soll in Hinblick auf die Zusammenfassung der

Bereinfachung der Behördenorganisation und der Ersparrung von Arbeitskräften die Organisation des Reichsbeauftragten baldmöglichst aufgehoben und auf die Zollverwaltung übergeführt werden. An die Stelle des Reichsbeauftragten würde also die Stelle der Reichsfinanzverwaltung zu treten haben. Auch die nach kaufmännischen Grundsätzen eingerichtete Geschäftsführung des Reichsbeauftragten, der die Bewertung der für verfallen erklärten Waren obliegt, soll zur Reichsfinanzverwaltung überbetreten. Der Ausschuss stimmte den Wünschen des Entwurfes zu.

Die deutsche Flugpost.

SPD. Berlin, 25. Januar.

In einer Denkschrift „Zwei Jahre Wiederaufbau der Post“, die das Reichspostministerium herausgibt, finden wir einige Angaben über den jüngsten Zweig des Postwesens, nämlich den Flugverkehr. Nach den Erfahrungen des Weltkrieges hat die Reichspost einen Flugdienst eingerichtet. Freilich liegen sich dafür nur noch die dem deutschen Reich verbliebenen geringen Reste seines Flugzeugbestandes nutzbar machen. Immerhin war Ende Juli 1920 bereits ein Flugpostnetz von 800 Km. Ausdehnung vorhanden. Außerdem entstanden Linien nach Schweden, Dänemark und Holland durch Verbindung von Berlin, Hamburg und Bremen mit Malmö, Kopenhagen und Amsterdam. Ende April 1921 erreichte das deutsche Flugpostnetz eine Länge von über 4000 Kilometer. Ende September 1921 waren die Flugpostlinien mit einer Gesamtausdehnung von 5048 Km. in Betrieb. Bis Ende Oktober, wo der Flugdienst allgemein bis Frühjahr 1922 eingestellt wurde, bestanden Auslandsverbindungen mit Amsterdam, Rotterdam, London, Kowno, Riga und Reval, ferner mit Danzig und Memel. Nicht angeschlossen an den deutschen Flugpostverkehr sind, infolge Verbots der Entente, das besetzte Gebiet und die Neutralzone. Die Benutzung der Flugpost hat sich von Juli 1920 mit 840 Kilometer bis Juli 1921 mit 5730 auf das siebenfache gesteigert. Zur Freimachung und besonderen Kennzeichnung der Flugpostsendungen hat die Postverwaltung Flugpostmarken herausgegeben. Ein Zwang, sie zu verwenden, besteht jedoch nicht. Die zu den gewöhnlichen Postgebühren erhobenen Flugzuschläge sind, um das Publikum zur Benutzung des neuen Verkehrszweiges anzuregen, sehr niedrig gehalten, und betragen z. B. für Postkarten und leichte Briefe nur 20 Pfg. Sehr reger hat sich die Beförderung von Zeitungen durch die Flugpost entwickelt, weil auf diese Weise Zeitungen in größeren Mengen zum Einzelverkauf noch am Tage ihres Erscheinens nach Orten gebracht werden können, die sich mit der Eisenbahn nicht mehr zeitig genug erreichen ließen. Verluste oder Beschädigungen von Flugpostsendungen sind auf deutschen Flugpostlinien bisher nicht vorgekommen. — Die Vorteile, die die Flugpostförderung gewährt, finden sich nicht die gebührende Beachtung, während ein 7.30 Uhr vormittags in Berlin C 2 aufgelieferter Brief nach Dortmund dort mit der Eisenbahn erst 7.17 abends eintrifft, und dann also nur noch als Eisenbahn an demselben Tage abgetragen werden kann, erreicht er mit der Flugpost bereits 1.45 Uhr mittags den Zielort und wird auch ohne Bezahlung der Eilbotengebühr noch am gleichen Tage dem Empfänger zugestellt. Das bedeutet für Sendungen einen Vorrückung von 6 Stunden. Im Verkehr mit dem Auslande lassen sich mit Hilfe der Flugpost sogar Zeitgewinne von 24 bis 30 Stunden erzielen.

Eisenbahnerstreikdrohung und Finanzministerpolitik.

Berlin, 26. Januar.

Derliche Eisenbahnerstreiks sind in den letzten Wochen wiederholt angedroht. Nicht sind sie bisher beigestellt worden, nur einmal haben sie bisher größeren Umfang angenommen. Aber Ruhe ist seit Wochen weder bei den Eisenbahnarbeitern noch bei den Eisenbahnbeamten. Beide führen lebhaft Klage, daß die Aufbesserung ihrer Besoldung nicht entfernt den Preisverhältnissen entspricht. Es wird sich heute niemand getrauen, dafür einzustehen, daß nicht eines kühnen Tages ein großer Eisenbahnerstreik ausbricht und die Gesamtwirtschaft sehr schädigt.

Zur Sympathie bürgerlicher Kreise hätten die Eisenbahner freilich in einem solchen Falle nicht zu rechnen. Die gesamte bürgerliche Welt und Presse tadelt lebhaft ihr Vorgehen und fordert von den Angehörigen eines öffentlichen Betriebes, daß sie den Gehorten an die Allgemeinheit und die Not des Staatsbürgers nicht an der Seite lassen. Wiederholte Schritte hätte die Sozialisierung bereits gemacht und würde sie in Zukunft noch machen, wenn jeder Arbeiter und Beamte im öffentlichen Dienst sich voll der Pflichten bewußt wäre, die ihm daraus erwachsen, daß er für die Allgemeinheit schafft und durch seine Leistung ein praktischer Vorkämpfer des sozialistischen Gedankens sein soll.

Aber auf der anderen Seite kann man es unmöglich den Eisenbahnern verübeln, daß sie Vergleiche ziehen. Derselbe Reichswirtschaftsrat, der ihnen die Aufbesserung zumißt, ist zugleich Erntungsminister. Als solcher hat er die Düngepreispolitik festgelegt, und zwar in der Weise, daß die Stickstoffdüngemittel entsprechend dem Preise der Kohle steigen und die Phosphordünger entsprechend dem Preis der freien Getreides. Den Stickstoffdüngern ist also nicht die deutsche Papierwährung anverleibt, sondern eine Kohlen- und Getreidewährung zugehanden worden.

Dieses Schema für die Festsetzung der Düngemittelpreise ist eine Ungeheuerlichkeit. Der Preis der Kohle muß in Deutschland nicht so sehr aus wirtschaftlichen, als vielmehr aus politischen Gründen hoch steigen und sich dem Weltmarktpreis annähern. In dieser Richtung arbeitet auch die Erhöhung der Kohlensteuer. Unter den Produktionskosten für Stickstoffdüngemittel beizubehalten die Kohle nur etwa ein Viertel; trotzdem wird der Preis für den ganzen Stickstoff um den vollen Betrag der Kohlensteuer erhöht — wenigstens fordern es so die Industriellen und man darf Herrn Hermes gutzutrauen, daß er ihnen auch diese Preisgabe nicht verweigern wird. Je teurer die Düngemittel werden, desto teurer wird natürlich das handelsfreie Getreide. Dieser Preis ansehens mit dem Sinken des deutschen Marktwertes ständig steigt. Je teurer das Getreide wird, desto höher werden wiederum die Preise für Phosphordünger; denn als Jäger für deren Preisbestimmung dient ja der Getreidepreis auf dem freien Markt, obwohl an sich Phosphordüngerpreis und Getreidepreis kaum in einem inneren Zusammenhang stehen.

Denn so die Eisenbahner sehen, daß derselbe Minister, der unter Berufung auf die Not des Reiches ihr Erlösminimum nach so reichlichen und herabwürdigenden, gewinnreichen Industriellen Preisgaben über Preisgeben in den Schatz schüttet und sie für jedes Sinken der deutschen Wäurte im Voraus entschädigt, denn darf man sich freilich nicht wundern, daß diese Eisenbahner nicht die einzigen sein wollen, die Opfer bringen müssen. Der Name Hermes und die Politik Hermes — ist eine kühne Probe auf den Eisenbahnerstreik.

Der sächsische Eisenbahnerstreik.

SPD. Dresden, 25. Januar.

Über die augenblickliche Streiklage in Sachsen und die Haltung der Eisenbahner geht uns folgender Bericht zu: Die 2000 Personen umfassende Belegschaft des Güterbahnhofes Dresden-Friedrichstadt nahm am Mittwoch eine Abstimmung vor. Von 1553 Beschäftigten stimmten 779 für den Streik und 300 dagegen. Von dem Rest sind 100 anständig, 100 krank, während die übrigen nicht abstimmten. In Chemnitz soll ebenfalls Abstimmung erfolgen. Die vorhergehende Abstimmung in Chemnitz brachte bekanntlich 300 Stimmen gegen und 100 Stimmen für den Streik. Alle sonstigen Mitteilungen über eine angeblich vorgenommene Abstimmung beruhen auf Falschmeldungen. Am Mittwoch nachmittag und abends fanden in Leipzig stark beleuchtete Versammlungen der Streikenden statt. In der am nachmittag im Krüppelpalast stattgefundenen Versammlung wandten sich die Mitglieder der Streikleitung gegen die Fortsetzung des Streiks. In Zwickau ruhen Verkehr und Arbeit. In den übrigen größeren Städten Sachsen, z. B. Plauen, Reichenbach, Riesa, Verdau usw. befindet sich das Personal nach wie vor im Dienst.

Einigung.

Dresden, 26. Januar.

Die Eisenbahner haben gestern nachmittags mit ca. 3000 gegen 30 Stimmen beschlossen, die Arbeit heute nicht wieder aufzunehmen. Die Bedingungen der Eisenbahner für die Wiederaufnahme der Arbeit werden von der Verwaltung erfüllt werden.

Der Kronprinzliche Harem.

Rom Gericht als wahr unterstellt.

Daß ein Gerichtshof im Deutschen Reich als wahr unterstellt, daß der frühere deutsche Kronprinz in seinem Hauptquartier einen Harem von Dirnen herbergt habe, dürfte vielen leicht zu glauben sein. Freilich erklärt sich dieser Vorfall ganz zwanglos. Vor dem Landgericht Frankfurt a. M. als Berufungsinstanz hatte sich am 23. Januar Genosse Redakteur Kurt Lehmann wegen Verleumdung des Offizierskorps des alten Heeres und der Reichswehr zu verantworten. Gegenstand der Anklage war ein Artikel zum 9. November, der auf die „laufende, hürende und freijende Offiziersmeute“ in der Etappe hinwies.

Der Angeklagte trat durch seinen Verteidiger, Rechtsanwalt Falkensfeld, einen außerordentlich umfangreichen Wahrheitsbeweis an. Er benannte über 1500 Zeugen für die Zustände in der Etappe, außerdem legte er zahlreiche Urkunden, Spielkarten aus Offizierskassens und dergleichen zum Beweis des Etappenlebens vor. Das Gericht hatte eine heilige Scheu, in diese Reueaufnahme einzutreten, die so ganz und gar nicht der Ansicht der Anklage entsprachen hätte, das Offizierskorps in Schmach zu nehmen. Es mußte sich zu helfen, indem es sämtliche vom Verteidiger gestellten Beweisanträge kurzerhand als wahr unterstellte. Unter diesen Beweisanträgen befand sich u. a. auch die Behauptung, die in dem Buch eines bürgerlichen Politikers, „Die Trübsal Deutschlands“ (Verlag Dunder u. Humblot) aufgestellt ist:

Die Offiziere gaben der Mehrheit nach nur ein Beispiel besonderer Zügellosigkeit. Der deutsche Kronprinz herbergte einen Harem von Dirnen in seinem Hauptquartier, die Bordelle für Offiziere überfluteten die Etappe.

Ferner behauptet die Verleumdung, der ehemalige Kronprinz habe in seinem Etappenort wohnendes uneheliches junges Mädchen zu seiner Diene gemacht, und die empörrten Eltern des Mädchens aus dem Dorf abführen lassen. All das wurde von dem Gericht kurzerhand als wahr unterstellt, eine nähere Beweisaufnahme hielt es nicht für nötig. Nicht gerade sehr ehrenvoll für den Kronprinzen!

Man hätte eigentlich meinen müssen, daß nach dieser Wahrheitsunterstellung das Gericht zu einer Freisprechung des Angeklagten gekommen wäre. Aber weit gefehlt! Mit der knifflischen Begründung, daß es ein besonderes Etappenoffizierskorps nicht gegeben (!) habe, daß also durch die Behauptung des Angeklagten auch die Frontoffiziere mit heleidigt (!!) seien, von denen jeder, wenn auch nur für kurze Zeit, einmal in die Etappe gekommen sei (!!), verurteilte das Gericht den Angeklagten zu 1500 M. Geldstrafe. Der Staatsanwalt Raftrow hatte 3 Monate Gefängnis oder 150 000 Mark Geldstrafe (!) beantragt. Gegen das Urteil ist Revision angemeldet. Bezeichnend an der Sache ist, wie das Gericht die Erhebung eines ihm peinlichen Beweises vermeidet, indem es alle Behauptungen des Angeklagten als wahr unterstellt, diesen dann aber trotzdem verurteilt!

Die „teueren“ Betriebsräte.

Pro Tag und Kopf 1,30 Mark.

Im 23er Ausschuss des Reichstages ließ die Regierung am Montag anlässlich der Beratung des Beamtenengesetzes bekanntgeben, wie groß die Zahl der Betriebsräte und Beamtensvertreter im Reich der Reichseisenbahnerverwaltung ist, wieviel Arbeitsstunden die Betriebsräte verursachen und wieviel Millionen Mark sie dem Reich kosten. Aus dieser offenbar zu bestimmten Zwecken mit ganz besonderem Fleiß bearbeiteten Aufstellung ergibt sich, daß es im Reichseisenbahnbetrieb rund 25 000 (genau 24 798) Betriebsräte und 26 000 Beamtensvertreter gibt. Die Betriebsräte verursachen insgesamt im Monat 200 000 Arbeitsstunden. Dieser Ausfall bedingt einen Kostenaufwand für Löhne von zirka 850 000 Mark monatlich, da für die Betriebsräte während ihrer Abwesenheit zum größten Teil Vertreter gestellt werden müßten. Die jährlichen Gesamtkosten, die die Einrichtung der Betriebsräte dem Reich verursachen, belaufen sich auf zirka 14 Millionen Mark. Ueber die Beamtensvertretungen liegen genaue Berechnungen noch nicht vor. Schätzungsweise kosten sie 1 1/2 Millionen Mark im Jahre.

Dieses Zahlenmaterial läßt die reaktionäre Presse natürlich in fetter Aufmachung auf ihre Leser wirken, um ihnen zu zeigen, was für ein kostspieliger Apparat doch dieses Mitbestimmungsrecht der Arbeiter ist. Die Endsummen sollen wirken und werden sicher auch bei den „sparsamen“ Kapitalisten, Wucherern und Schiebern Eindruck machen. Wie sehen aber die Dinge in Wirklichkeit aus?

Rund 25 000 Betriebsräte verursachen im Monat infolge ihrer gesetzlichen Tätigkeit 200 000 Arbeitsstunden. Das macht pro Kopf und Monat 8 Stunden, in der Woche nicht ganz 2 Stunden und auf den Tag umgerechnet 15 bis 20 Minuten. Die 25 000 Betriebsräte verursachen im Monat 850 000 Mark Kosten, das macht auf den Kopf umgerechnet 34 Mark im Monat, nicht ganz 3 M. in der Woche und zirka 1,30 Mark pro Tag. Dazu kommen noch zirka 11 Mark Speise pro Betriebsrat im Monat. Wie bei den Arbeitern, so liegen die Dinge auch bei den Beamten.

Wenn man berücksichtigt, daß die Betriebsräte und Beamtensvertreter schon allein dadurch, daß sie in hundert verschiedenen Fällen ernsthaft Konflikte schlichteten, Millionenverluste verhindern haben, dann erscheinen die 25 Millionen

Markt, die man im Jahre für sie ausführt, doch recht gering. Wenn man darüber hinaus noch all die vielen brauchbaren Vorschläge, die die geschäftlichen Arbeiter- und Beamtenvertretungen zur Verbesserung und Verbilligung des Betriebes gemacht haben, verwirklichen würde, man würde das Vielfache dessen aus dem Eisenbahnbetrieb herauswirtschaften können, was die Betriebsräte und Beamtenvertretungen kosten. Aber darauf kommt es der bürokratischen und reaktionären Verwaltung gar nicht an. Ihr Ziel ist es, die Arbeitervertretungen zu diskreditieren, und um dieses Ziel zu erreichen, sucht sie keine Mittel und keine Arbeit.

Vielleicht machen die Vertretungen der Arbeiterschaft einmal eine Aufstellung darüber, wie viele der höheren Verwaltungsbeamten weniger als acht Stunden arbeiten, und wieviel die Eisenbahnverwaltung ersparen könnte, wenn auch diese Kategorien den Achtstundentag voll ausnützen würden.

Eine neue Reichstagsfraktion.

Elf Männlein als „Vereinigte“ Kommunisten.

In der kommunistischen Reichstagsfraktion hat sich der von uns bereits angekündigte Szenenwechsel am Dienstag vollzogen. Aus der Vereinigten kommunistischen Fraktion sind ausgetreten: Die Abgeordneten Geyer jr., Eichhorn, Mahahn, Braß, Frieß, Pleitner und Bertele. Damit ist die kommunistische Arbeitsgemeinschaft, zu der die Ausgetretenen übergegangen sind, auf 15 Mann und so zur Fraktionsstärke angewachsen. Die Vereinigte kommunistische Fraktion zählt jetzt nur noch 11 Mitglieder und hat hiermit jedes den Fraktionen zustehende Recht verloren.

Der Wert der Quäkerspeisung.

Von Lotte Möller.

S. A. K. Der Wert von Einrichtungen wie die Speisung unserer Kinder durch die amerikanischen Mitglieder der „Religiösen Gesellschaft der Freunde“ (Quäker) kann gar nicht ermessen werden. Er ist ethischer und volkswirtschaftlicher Natur.

In Kürze verlassen uns die Quäker, um andere, zurzeit noch mehr im Vordergrund stehende Aufgaben in Angriff zu nehmen. So wartet in Russland eine ungeheure Aufgabe auf die „Freunde“. Aber auch ihre bei uns geleistete Arbeit war ungeheuer, und sie darf und wird nicht fürder einfach ungetan bleiben, d. h. es wird nicht ohne Weiteres eine Bepfeisung unterernährter Kinder aufhören können. Noch sind wir einige Monate durch die Hilfe der Quäker gesichert. An allen Orten wird, nur mit geringer Einschränkung, weiter gespeist. Aber was dann?

Vorausichtlich wird im Sommer eine größere Speisung nicht stattfinden, zum Herbst aber von Städten, Gemeinden, Beamten in ähnlicher Weise für eine Extramahlzeit zu sorgen sein. Und warum das? Weil die Speisung der Kinder durch die Quäker nicht ein aus der Luft gegriffener Gedanke eines Wohlwollens war, sondern eine Forderung, die aus der Zeit geboren wurde.

Im Februar 1920 begannen die Quäker ihre Speisung, und im Januar 1921 wurden in 670 Orten 636 155 Kinder und ein Teil jugendlicher und junge Mütter gespeist. Nicht willkürlich, denn nichts in dieser fein durchdachten Speisung war willkürlich!

Der Zweck war, denen in unserer Volks, an denen die Not der Kriegsjahre noch vielleicht am ehesten zu überwinden war, durch eine vollwertige Mahlzeit, die außer den hausüblichen Mahlzeiten gegeben werden sollte, zu helfen. Ob man in der Wahl immer gerecht vorging? Ob der von den Quäkern vorgeschriebene „Rohrer-Index“, d. h. eine Gewichtsberechnung durch den Kubus der Körperlänge dividiert, immer den rechten Ausschluß über die Notwendigkeit einer Teilnahme an einer Speisung gegeben hat? Darauf kommt es nicht so sehr an, sondern die große Wichtigkeit der Frage war die Aufdeckung und Inangriffnahme der Kindernot überhaupt. Wer die Kinder in den Speisungen beobachtet hat und mit ihnen in Verbindung blieb, wer die Erfolge (erhöhte Aufmerksamkeit und Frische im Schulbesuch) mit verfolgte, der weiß, daß die Speisungen tatsächlichen Wert bei Tausenden und aber Tausenden Kindern gehabt haben und auch noch haben.

In gleicher Weise können wir die Speisungen nicht fortführen. Dazu sind wir zu arm. Aber wir können die wertvolle Art der Gesundheitshilfe durch eine besondere Mahlzeit, die in der Schule verabfolgt wird, für die Schwächsten doch hoffentlich durchzuführen. Es ist notwendig, über den Wert einer Sondermahlzeit, gerade einer Mahlzeit, bestehend aus einer breiartigen Suppe, Kartoffeln, Bohnen und Erbsen mit eingerechnet, sich klar zu sein. Der letzte mir zur Verfügung stehende Bericht sagt, daß am 8. Dezember 1921, also für die Woche vom 5.—10. Dezember, in den 9 deutschen Speisebezirken durch 1470 Gemeinden in 7650 Speisestellen 587 552 Kinder täglich eine Zusatzmahlzeit erhielten. Wir wollen uns dessen dankbar freuen! Wir wollen aber auch für die Zukunft müßig sorgen.

Die Einigungsdebatte.

Der verfloßene Parteitag der USP. hat der Einigungsdebatte neue Nahrung gegeben. Wenn der Gorkiser Parteitag von der „unseligen Spaltung“ sprach und der „Vorwärts“ kurz vor Leipzig als einhellige Meinung der Arbeiterschaft wiedergab, „daß die Spaltung nicht mehr lange ertragen werden kann“, ist die offizielle Wochenchrift der deutschen Sozialdemokratie anderer Meinung. Heinrich Cunow liefert darin unter der Ueberschrift „Einheitsfront-Illusion“ eine Betrachtung zum Parteitag der Unabhängigen, gegen die sich Hermann Wendel in der „Glocke“ folgendermaßen wendet: „Cunow nimmt wirklich kein Blatt vor den Mund, um die sogenannte Einigungsfrage ad absurdum zu führen, selbstverständlich mit wissenschaftlichen Beweiskräften“. Alles, was ist, ist vernünftig, und so ist die Spaltung der Sozialdemokratie vernünftig, weil sie der „neuen Klassendifferenzierung“ entspricht! Das sind zwar alle Kamellen. Von einer „Klassendifferenzierung“ innerhalb der Arbeiterklasse schwafelten die Marttöler besonders gern, und auch früher setzten sich die Wähler und Anhänger der Partei keineswegs nur aus Handarbeitern zusammen, sondern ebenso aus Heinen Krämmern und Krautern, aus Beamten und Kopjarbeitern sonst, aber

wer damals mit dieser „Klassendifferenzierung“ die Notwendigkeit einer Zerlegung der Sozialdemokratie in mehrere Parteien begründet hätte, dem wäre wohl der Rat begegnet, sich von seinem Erschöpfungszustand erst einmal ein bißchen auszuruhen.

Nicht hieb- und stichfest ist, was Cunow an gewissermaßen politischen Gründen gegen die Einigung vorbringt. Wenn er von dem Zusammenstoß eine Umwanderung unserer „Anhänger aus bürgerlichen Kreisen“ befürchtet, so hat einmal auch die USP. Zulauf aus dem Bürgertum, dann sind uns von den „Anhängern aus bürgerlichen Kreisen“ schon sehr viele, auch ohne Einigung, seit November 1918 durch die Lappen gegangen, und endlich „Anhänger“, die sich aus diesem Anlaß in die Büsche schlagen — guten Abend, Herr Meier, es war uns ein sehr mögliches Vergnügen! Wenn Cunow weiter glaubt, daß wir nach der Einigung für die bürgerliche Linke minder „bündnisfähig“ wären, greift er abermals gründlich daneben, denn die bürgerlichen Parteien gehen eine Regierungskoalition mit uns nicht um unserer schönen Augen willen ein, sondern weil sie uns brauchen, und werden uns lakhalzig die Verbindung aufkündigen, wenn sie uns nicht mehr brauchen. Und da die Einigung mit dem andern Flügel des demokratischen Sozialismus der Sozialdemokratie einen Zuwachs an Macht bringt, stärkt sie geradezu unsere „Bündnisfähigkeit“, nachher wird es noch weniger ohne uns gehen als bisher.

Am beschämendsten und niederziehendsten jedoch ist, daß Cunow überhaupt nichtern und grämlich „Nutzen“ und „Schaden“ der Einigung, die dem Arbeiter eine Herzenssache ist, gegeneinander aufrechnet. Eine „etwas“ größere Stimmenzahl der Sozialdemokratie in den Parlamenten, Zusammenlegung der unabhängigen und mehrheitssozialistischen Blätter, eindrucksvollere Straßendemonstrationen und Massenversammlungen, „vielleicht“ auch Ersparnis mancher Ausgaben — nur das führt Cunow auf der Habenseite der Einigung an. Daß neben dem mächtigen Bloß des demokratischen Sozialismus die noch frondierenden Arbeitergruppen und -trüppchen einfach verschwinden, daß damit der Sozialismus als solcher eine gewaltige Anziehungskraft gewinne, die verschiedene sich bekämpfende sozialistische Parteien niemals ausüben können, daß die Signale der geeinten Arbeiterpartei heute, heute im Schmolzwinkel der Teilnahmslosigkeit hochende Massen aufscheuchten, daß ein ganz anderer, mitreißender Zug in den Emanzipationskampf der arbeitenden Klassen käme, für solche Imponderabilien fehlt Cunow jedes Verständnis, und ebensowenig erfährt er, daß, mindestens wie die Spaltung, so auch die mächtige Strömung für die Einigung, die durch die Arbeiterklasse geht, nichts Zufälliges ist, sondern in der Entwicklung der proletarischen Bewegung begründet liegt.

Diese Strömung wird das Schiff der Sozialdemokratie zum Ziele tragen und jeden mißmutig am Ufer sitzen lassen, der über die Einheitsfront mit gelehrtem Spott die Achseln zuckt. Das Ceterum censeo bleibt; Einheit der sozialistischen Kampffront ist das erste Gebot!

Der siebenjährige Hungerkrieg.

„Und wenn Ihr nach einem gut gelungenen Raubzuge beim Glase sitzt und beim Anstoßen „Gott strafe England!“ ausruft, dann denkt daran, daß Ihr noch weit größere Gauner seid.“

Mit dieser Mahnung eines Landwirtes an seine Berufsgenossen, die der sächsische nationalliberale Landtagsabgeordnete Nischke im November 1915 in Reclams „Universum“ veröffentlichte, leitet Karl Marchionini eine soeben in der Lage der Leipziger Buchdruckerei U. G. („Leipziger Volkszeitung“) erschienene Schrift „Sieben Jahre deutscher Hungerkrieg“ ein, die in rücksehender Betrachtung die Ursachen des heutigen Ernährungsleids aufzeigt.

Karl Marchionini, der mit agrarischen Verhältnissen gut vertraut ist — er war bis zu seinem Uebertritt zur Unabhängigen Partei Redakteur unseres Königsberger Parteiblattes, das bekanntlich im Kampfe gegen das ostpreussische Junkertum und in der Wahrnehmung der Landarbeiterinteressen immer in erster Reihe gestanden hat — will in dieser Schrift zeigen, wie das deutsche Volk schon vor dem Kriege und vor der Blockade durch die Nahrungsmittelproduzenten, also in erster Linie die großen Landwirte, zum Darben verurteilt worden ist, wie dann aber gerade während der Kriegszeit, wo nach einer Aufforderung des Kriegsernährungsamtes „keiner für sich, sondern jeder für den anderen und alle für das Ganze, für Volk und Vaterland“ leben sollten, die rücksichtsloseste Ausnutzung des eigenen Volkes durch die deutschen Agrarier einsetzte. Darum spricht das kleine grüne Buch Marchioninis von einem siebenjährigen Hungerkrieg, der heute noch andauert.

Man muß freilich, was in der besprochenen Schrift beiläufig auch geschieht, um der Gerechtigkeit willen feststellen, daß an diesem im Welten der kapitalistischen Wirtschaft begründeten Hungerkrieg nicht nur die Agrarier beteiligt sind. Mit ihnen zusammen haben die Industriellen, die Großhändler, die wohlhabenden Gewerbetreibenden die arme Bevölkerung ausgezogen. „Der reiche Bäckermeister, der in gewinnlüstiger Absicht dem Kartoffel- und Kleieerot übermäßig Wasser zusetzte, ist genau so schuldig, wie der Produzent auf dem Lande, der die Kartoffeln und das Getreide dem Schleichhandel zuführte. Und der Schieber, der sich am Kettenhandel beteiligte und dadurch die Preise in die Höhe trieb, oder der sich darauf beschränkte, seine Warenbestände allmonatlich mit neuen und natürlich höheren Preisen auszuzeichnen, gehört auch zu den Schuldigen.“

Dem ist noch hinzuzufügen, daß schon gleich nach Kriegsbeginn die damalige Regierung und die damals noch im Reichstag vorherrschenden Parteien sich dadurch schon verständigten, daß sie alle Warnungen und Vorläufe der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften in den Wind schlugen. Die verpöbelte, niemals konsequent durchgeführte, sehr einseitige Festsetzung der Höchstpreise, die nur dem Kleinfandel und auch diesem nicht ausreichende Schranken zogen, während der Großhandel fast unbehindert blieb, dazu beigetragen, daß die Landwirte vielfach für Viehfutter und die Düngemittel höhere Preise zahlen mußten, als sie nachher für ihr Vieh und Getreide wiederbekamen. Damit wurden auch die rechtlicheren Landwirte demoralisiert. Aber im übrigen sorgte schon das böse Beispiel der Raffgierigsten unter ihnen dafür, daß von guter Sitte so viel wie nichts übrig blieb.

In der Schrift Marchioninis werden nacheinander die Lebensmittelverhältnisse in dem Hungerjahr 1915, der vierthöchste Hungerkrieg im Jahre 1916 und — der schrecklichste der Schrecken — das Kohlrübenjahr 1917 besprochen. Immer sind die einzelnen Kapitel, die reichliches Faktenmaterial über das Hinausrechnen der Preise, die Verflüchtigung der Rationen usw. enthalten, mit einem bezeichnenden Ausspruch irgendeiner autoritären Stelle als Motto versehen. So zum Beispiel neben dem oben zitierten Ausspruch eines sächsischen Landwirts die Worte des Superintendenten v. Lübbe-Wuma vom Juli 1915:

„Es ist unwiderrspen als allgemein gültig festgestellt worden, daß von den Landwirten zu den Höchstpreisen trotz aller Gelege nichts zu kriegen war. Trotzdem nicht nur das Forbren, sondern auch das Nechmen freiwillig gebotener höherer Preise strafbar war, ist nur zu höheren Preisen verkauft und die nötigsten Nahrungsmittel sind zurückerhalten worden. Alle Gelege bez. Anmeldung, Verkauf und Schrotten des Getreides waren Schläge ins Wasser.“

Den erschütternden Glendbildern, die der Verfasser namentlich aus dem Steckrübenwinter 1916/17 in die Erinnerung zurückruft, stellt er das aufreizende Schmelzen der Großgrundbesitzer, der Großhändler und Schieber, der Offiziere in den Kasinos und im besetzten Gebiet wirkungsvoll gegenüber, vergiftet dabei auch nicht zu erwähnen, was in den Fürstenthümern, voran bei den Hohenzollern, an feinsten Nahrungsmitteln und Genussmitteln aufgespeichert wurde.

Die deutschen Agrarier, die nicht durch die Revolution um ihren Besitz gekommen sind, haben sich aber auch nach dem Sturz der Monarchie und der Zertrümmerung des Militarismus trefflich mit den neuen Verhältnissen abzufinden gewußt. Vor allem haben sie das Schreiben nach immer höheren Preisen nicht verlernt. Ihre Gewinne sind weit mehr als ihre Produktionskosten gestiegen. Namentlich die Landarbeiterlöhne haben sich noch immer verhältnismäßig niedrig gehalten. Und während jeder Streik der Landarbeiter von ihnen als todeswürdiges Verbrechen am Volk hingestellt wurde, haben sie selbst sich nicht geschaut, durch Drohungen mit Lieberstreiks höhere Preise herauszupressen. Noch im Juli 1921 traf der Reichslandbund Vorbereitungen, zu einem Lieferstreik, der dann auch, zur Zeit der Kartoffelernte, prompt einsetzte. Während in den armen Verbrauchersfamilien nicht die notwendigsten Kleidungsstücke vorhanden waren, umgab sich die großagrarische Bevölkerung mit Luxus, Autos, Automobilen, Schmuckstücken, kostbare Möbel und Kleider wurden gekauft. Dann aber wurde dem Alkohol gekehrt. In die Produktion wurde nicht genügend hinein gesteckt. Wie es auf dem Lande zugeht, schilderte ein Lehrer, der das Leben und Treiben täglich beobachten konnte, in der „Volkszeitung“ in Düsseldorf, Nr. 90 vom 18. April 1921. Er schrieb:

„... Von Dorf zu Dorf dasselbe traurige Bild: Auf der einen Seite die Masse der Bauern, im Wucherpreise schwimmend, von Jahr zu Jahr prunk- und genugsüchtiger, mit immer tiefer sinkendem Moralniveau, aber immer höher schwellender Anmaßung — auf der andern Seite ein mehr oder minder großer Dorfstreit proletarischer Landexistenzen, wirtschaftlich kaum lebensfähig, macht- und rechtlos der agrarischen Willkür ausgeliefert. Während die Bauernhäuser sozulagen im Gelde schwimmen, hat die Bauerngemeinde für ihre bedürftigen Kriegerwitwen und deren Familien, die mit der staatlichen Rente bei größter Sparsamkeit nicht annähernd auskommen, keinen Pfennig Zuschuß übrig.“

So reißt sich ein Bild ans andere, eins aufrüttelnder als das andere, und mit dem Verfasser des Buches kann man am Schluß nur ausrufen: Jeder Besißlose kann und soll teilnehmen am Kampfe gegen den Hungerkrieg. Mügen die deutschen Hand- und Kopfarbeiter handeln, ehe größere Schichten dem furchtbaren Glend dieser Zeit zum Opfer gefallen sind.

Volkswirtschaft.

Butterauktion.

Hamburg, 25. Januar. Weiteres Steigen der Butterpreise. Bei der heutigen 35. Auktion der Meierei-Verbände von Schleswig-Holstein machte sich ein solches Steigen der Butterpreise bemerkbar. Die Preise bewegten sich von 47.80—48.00 Mk. das Pfund gegen 45.15—45.60 Mk. bei der vorwöchentlichen Auktion. Zu diesen Preisen kommt noch ein Zuschlag von 1% Kavalungsgeid.

Devisen-Kurse.

Berlin, 25. Januar.

Amfliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	25. Jan.	24. Jan.	
Amsterdam	100 fl.	742.55	779.20
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	1598.40	1623.85
Konstantinopel	100 Kr.	3198.80	3226.65
Kopenhagen	100 Kr.	4188.40	4233.75
Stockholm	100 Kr.	5104.85	5269.70
Helsingfors	100 Finn. Mk.	381.60	404.35
Rom	100 Lire	574.10	524.05
London	1 £	862.10	891.60
New York	1 Doll.	24.279	209.79
Paris	100 Frs.	1655.80	1705.25
Zürich	100 Frs.	3936.05	4115.85
Madríd	100 Pesetas	5026.95	3151.83
Wien	100 K.	5.48	5.78
Budapest	100 K.	27.87	28.97
Prag	100 K.	380.60	421.65

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer	Schiff-name	Kapitan	Vertunftsor	Fahrtzeit	Lage	Std.
Angekommen am 25. Januar.						
D.	Mihan	Guldooen	Kopenhagen		12	
D.	Falten	Bojgenien	Gotenhavn		2	
D.	Delphin	Wiene	Kolding		1	
D.	Seevotje	Dammer	Burgstaken		3	
Angekommen am 26. Januar.						
D.	Wina	G. anu	Helsingfors		8	

Verantwortlich für Inhalt und Volkswirtschaft Dr. A. Leber für Freiheit Lübeck und Heuillon Hermann Bauer für Partei und Gewerkschaften August Schull; für Anzeigenteil Friedrich Steinhilber. Verleger: Heinrich Steinhilber. Druck von Friedrich Meizer & Co., sämtlich in Lübeck.

So ist's in Ordnung!

Ich bin jetzt dauernd Kunde in der
Schuhwaren-Reparatur und Stepperei
mit elektrischem Betrieb

REFORM

50 Huxstraße 50

Man kann ja seine Reparaturen und
Steppereien sofort wiederhaben! ..

7767a

N.D.L.
NORDEUTSCHER LLOYD
BREMEN

Seereisen

NACH NORD- u. SÜD =
AMERIKA

in
Dritter Klasse
mit eigenen modern ein-
gerichteten Dampfern

Vertreter in Lübeck: C. F. Schütt & Co.,
Untertrave 12/13.

Torfgrus

So lange dauert leicht (12845)
Mit 7.- per Zentner ab Lager Konstantinplatz.
Friedrich Ihrke
Geleitplatz 2. Fernruf 8289 u. 1884.

Adolf Borgfeldt
Inh.: Herrl. Nihil
Gegründet 1880, Mühlenstraße 86/40,
Fernsprecher 672 und 673.

Das fachmännische
Spezialgeschäft Lübecks für:
Oefen und Herde

Abteilung I:
**Kachelöfen und Herde,
eiserne Oefen u. Herde.**

Die Besichtigung meines großen Lagers ist
interessanter auch ohne Kaufzwang wenn ge-
stattet. Überzeugen Sie sich von der Güte
und Preiswürdigkeit meines Angebots.

**Echter Jamaica-
Rum-Verschnitt**
Echt-Patt-Rum-Verschn.
in
Artak-V., Kognak, Ornat.
Genever 140° Steinbäg.,
Ornatell, Liköre. (12840)

Preiswerte Auswahl.
Schleswig-Holsteiner
Kümmel . . . Fl. 28 Mk.
Aquaavit 85% Fl. 31 Mk.
Aquaavit 40% Fl. 34 Mk.

Ernst Voss
Gr. Burgstraße 59.

Zur Mühle
Beckergrube 61.
Reinst. Weizenmehl 5.50
Kornmehl . . . 5.20
Reis 4.90, 5.20, 6.50, 7.50
Säferkuchen . . . 5.50
Brotkrumen . . . 4.90
Verfeinertes . . . 4.90
Kuchenteig . . . 5.50
Kuchenteig . . . 5.50
Zago . . . 7.50
Reis Malztaffel 5 40
mit gelbe Erbsen 8 80
Tafelmargarine 20.-
Margarine . . . 10.-

Kaufen Sie jetzt!

Wir sind billig!

Das bekannt reelle Einkaufshaus
für Arbeiter und jeden Beruf.

1 Posten starke Herren-Anzüge
275.00 445.00 545.00

1 Posten Konfirmanden-Anzüge,
blau, tafelloser Eig.
485.00 550.00 625.00

1 Posten grau Dreihöfen **69.00**
1 Posten grau Dreihäfen **69.00**
1 Posten einzelne Westen **53.00**
1 Posten feldgraue Hosen **175.00**
1 Posten schwarze Hosen **158.00**
1 Posten Manchettenhosen **250.00**
1 Posten starke Schafstiefel **275.00**
1 Posten starke Arbeitstiefel, Größe
45-49 **175.00**

Starke Konfirmandentiefel,
88-89 **192.00**
Starke Kinderstiefel, 81-85 **145.00**

Ehlers & Reetwisch
Ecke Holstenstr. St. Petri 2 u. 4.
Noch vielfach preiswerte Angebote!
Seinen, Betten, Aussteuer-Vitrinen,
Kleider Koffer. (12845)

Wo verkaufen Sie am besten?
Kupfer, Messing, Blei, alles Eisen,
Cumpen, Papier, Flaschen usw.?
Bei **Törper, Schnarhaus** Allee 21.
12829) Telefon 1575.

Edelmetall-Zentrale
E.M.Z.
Berlin N 58 Lübeck Halle
Ankauf Filiale Ankauf

Handelsgerichtlich eingetrag. Firma. 5 eigene
Metallschmelzen. Nur die E. M. Z. zahlt
Juwelieren, Umarmern, Händlern, Dentisten
wirkliche Großhandelspreise. **Allen
vorne!** Wir zahlen Ihnen in jedem Falle
an jedem Tage mehr Geld, als die meisten
Goldankaufstellen. Ich frage Sie darum,
wo? verkaufen Sie Ihre Gold- u. Silbers-
Sachen, Platin, Brillanten, Zahns-
gebisse, goldenen Uhren nur
Tel. 2447, Breite Straße 25 I. Tel. 2447.
Etagen-Geschäft - kein Laden.
4 Straßeneckhändlerstellen vor der Tür.

Alle
Arbeiter
kaufen gern und gut
ihre Arbeitskleidung
bei (12816)
Otto Albers
Markt 4 Kolldm. 10

Ba. Margarine
Grund 19.- 10L
weißes Schmelzmark
Fl. 28.- 2L
Groschenmark
Fl. 22.- 4
Speisefett 20.- 4
Conrad Muß
Gr. W. Bachmann,
Beckergrube 52. (12817)

Das Adreßbuch 1922
ist erschienen. (12831)
Preis in haltbarem Einband
Mk. 37.- für Vorkaufsteller, sonst Mk. 95.-
Verlag Max Schmidt
Mengstr. 16. Fernspr. 499.

Amberst billig!
Taschen-Beenden 65.-
Damen - Normal - Unter-
böden 35.-, Damen-
Beenden u. Hosen 49.-,
Damen - Anzüge 290.-,
350.-, West - Schürzen
275.-, 350.-, Konfir-
manden - Anzüge, blau,
260.-, 375.-, Arbeits-
hosen, -Joppen billig
Sämtliche Schuhwaren
sehr preiswert
Elegante Kinder - Röcke
sehr billig.
Barth Franz Weitenh
Balancstraße 35 (12829)

Ziehtag und Sonnabend
prima junges dickettes
Rohfleisch
Flomen
ff. ger. Mettwurst
und Geflügel.
Fr. Kollmann
Reiterstr. 8. (12843)

Mieterschutzverein
e. V.
**Bezirks-
versammlungen**
Bezirk Holstenstr-Süd
am Freitag, 27. Jan.,
abends 7 1/2 Uhr
im Margaretenkrug,
Margaretenstraße.
(12841)

Bezirk Innere Stadt
am Dienstag, 31. Jan.,
abends 7 1/2 Uhr.
Restaurant Knorr,
am Klagenberg.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag: „Wie be-
heben wir am schnell-
sten die Wohnungs-
not?“
2. Ergänzungswahl des
Bezirksvorstandes.
Alle Wohnungslöse u.
Mieter sind zu diesen
Versammlungen einge-
laden. Der Vorstand.

S. P. D.
Schwartz-Rensfeld.
Die Monatsversamm-
lung am Sonnabend,
dem 28. Januar 1922
fällt wegen Renovie-
rung des Lokals aus.
(1284) Der Vorstand.

Freiwillige
Frauen - Sterbekasse.
Donnerstag, 26. Jan.
abends 8 Uhr
**General-
Versammlung**
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
1. Abrechnung vom
Jahre 1921.
2. Vorstandes- u. Boten-
wahl. (12280)
Der Vorstand.

Möbel
1814
Bett-, Spiege-, Schaf-
tisch-, Küchens.
Gold's Möbellager
Fischergrube 25/27.

Strom-Berein
für Lübeck und Umgegend
e. G. m. b. H.
**Bezirks-
Versammlung**
für die Mitglieder der
Warenabgabestelle 17
Morkerkestr.
Donnerstag, 26. Jan.
abends 7 1/2 Uhr,
im Restaurant „Zur
Falkenburg“, Falkenstr. 16
(12841)

Für die Mitglieder der
Warenabgabestelle 7
Klosterhof
am Freitag, d. 27. Jan.
abends 7 1/2 Uhr
im Gasthof „Zum weißen
Engel“, Rabeburger Allee
(12841)

Für die Mitglieder der
Warenabgabestelle 84
Steinrader Weg
am Freitag, d. 27. Jan.
abends 7 1/2 Uhr
im Restaurant z. Sump-
krug, Siegelstraße.
Tagesordnung:
I. a) Geschäftsbericht.
b) Verlegung des Ge-
schäftsjahres.
c) Erhöhung des Ge-
schäftsanteils.
d) Eigene Väterei.
II. Bericht des Genossen-
schaftsrats.
III. Ergänzungswahl des
Vorstandes. (12818)
IV. Genossenschaftliches.
Wegen der wichtigen
Tagesordnung bitten wir
um recht zahlreichen Be-
such. Der Vorstand.

**Sanitäts-
Verband.**
(12808)
**General-
Versammlung**
am Donnerstag, d. 26. Jan.
abends 7 Uhr
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 4.
Quartal 1921.
2. Wahlen.
3. Innere Kasienangele-
genheiten.
Der Vorstand.

**Reichsband der Kriegs-
beschädigten, Kriegsteil-
nehmer und Kriegerdienst-
bedienten. Sitz Berlin.**
Ortsgruppe Lübeck.
(12805)
**General-
Versammlung**
am Freitag, dem 27. Januar
abends 7 1/2 Uhr,
in den Zentralhallen,
Dankwartgrube.
Tagesordnung:
1. Protokoll.
2. Geschäftsbericht des
Vorstandes.
3. Kasienbericht.
4. Bericht der Revisoren.
5. Anträge.
6. Wahl des Vorstandes.
Der Vorstand.

Stadttheater Lübeck
Freitag, 27. Jan. 7 Uhr
Figaros Hochzeit.
28. Ab.-Vorh. Wacht. C.
Sonabend, 28. Jan. 7.30
Carmen.
11. Ab.-Vorstellung.
Sonntag, 29. Jan. 7.30 U.
Öffentliche Sings-
probe zum 5. Sym-
phoniekonzert.
Leiter: Generalmusik-
direktor Max v. Schil-
lings.
2 Uhr: 11. Vorst. für den
Arb.-Bildungsverein
Des Meeres und der
Liebe Wellen.
Karten an der Theater-
kasse.
7 Uhr: Figaros Hoch-
zeit.
Voranzeige.
Montag, 30. Jan. 7.30 U.
5. Sinfonie-Konzert.
Leiter: Generalmusik-
direktor Max v. Schil-
lings. Brahms:
2. Sinfonie. Berlioz:
Ouverture zu Benvenuto
Cellini. Max v. Schil-
lings: Gegenlieb von
Büchtemann. (12822)

Sozialdemokr. Verein
Lübeck.
1., 2., 3. und 4. Distrikt
Innere Stadt.
(12291)
**Bezirksmitglieder-
Versammlung**
am Freitag, dem 27. Januar
abends 7 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus
Tagesordnung:
1. Erläuterung zum 50-
tägigen Programm.
2. Aussprache.
3. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen
erwarten
Die Distriktsführer.
Bezirk Markt.
Sonabend, den 28. Januar
abends 7 1/2 Uhr
im Gesellschaftshaus Markt
**Unterhaltungabend
und Tanzkränzchen**
der tätigen Genossen
und Parteifreunde.
Eintritt frei.
Mitgliedsbücher sind
vorzuzeigen.
Der Distriktsführer.

Hansa theater.
Heute (12821)
Donnerstag 7 1/2 Uhr:
Der große Erntea
Die spanische Nachtigall
Freitag, 7 1/2 Uhr
8. Vorh. im Freitag-Ab.
Zum letzten Male
Die lustige Witwe.
Montag, 30. Januar,
Anfang 8 Uhr:
**Großer Konzert-
u. Tanzabend**
mit dem Heldentenor
Wilhelm Wagner
vom Van estheater in
Gotha als Gast,
unter Mitwirkung des
Lübecker Männerchors
und der Ballenmeister
Viebig-Schmidt
in ihren Langtunungen.

Gewerkschaftshaus
Morgen Freitag:
Großer Ball.
Damen Eintritt frei. (12816)

Beitragsmarken
für Vereine, Gewerkschaften
fertigt an u. liefert prompt, preiswert
und in jeder Ausführung
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Einlegesohlen

0,50 1,00 1,50 2,00
für die Hälfte des jetzigen Einkaufspreises.

Robert Jentzen.

50 Huxstr. 50.

(12846)

Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 26. Januar.

Volkswirtschaftliche Betrachtung im Hühnerhofe.

Wiederum einmal hatte ich den Lieblingen der Witwe Volke die Körner hingestreut und wieder pickten sie, demütig den Kopf zur Erde geneigt, ihre Abendmahlzeit in eiserber Hast auf. Und wieder machte ich dieselbe Beobachtung, die ich schon so oft gemacht hatte: Solange noch Körner genug vorhanden waren, herrschte allgemeine Friede unter dem Heben Federweh, aber sobald die Vorräte knapper wurden, floh bald hier, bald da ein Hieb mit dem Schnabel, bis das Fanken um die letzten Reste ziemlich allgem. wurde.

Immer dasselbe Bild! Hast du es auch schon beobachtet? Wenn nicht, so achte einmal drauf, ob es deine Hühner nicht genau so machen.

„Wie dumm seid ihr Hühner doch,“ dachte ich. „Wenn ihr euch nur verträgt und den Vorrat richtig einteiltet, so könntet ihr in Frieden euer Abendbrot verzehren und würdet euch nicht zu heissen brauchen, aber ihr seid ja zu dumm —“

Ich hatte noch nicht den Gedanken zu Ende gedacht, da schob es mir wie ein heller Blitz in tiefdunkler Nacht durch den Sinn: O, ihr macht es keinen Deut anders, als die Menschen auch. So lange noch Vorräte genug da sind, leben sie ganz friedlich neben einander; sobald sie aber knapper werden, so geht ein allgemeines Hasten, Raffen, Schieben und Stohen los. — Die Sache wäre doch so einfach, wenn man die Vorräte nur richtig einteilt, die Wirtschaft ordnen wollte. Oder ist es am Ende für die meisten, die die Vorräte in der Hand haben, einfacher, zu leben, wie die Menschen sich streiten, so wie für mich, wenn ich den Hühnern zuschaue? Und will man deshalb vielleicht die „freie Wirtschaft“?

In meinen Gedanken tat ich aber für heute Abend Abbitte bei meinem lieben Federweh. Was die Krone der Schöpfung, der Mensch, nicht zustande bringt, das wollte ich von euch, ihr harmlosen Eierleger, verlangen? —

Eine Warnung für Geschlechtskranke.

Die Geschlechtskranke waren von jeher ein besonders heftiges Ausbeutungsobjekt für gewisse Geschäftsmacher. Die ersten Bemühungen verantwortlicher Stellen, dieser Seuchen Herr zu werden, machen ihnen einen unangenehmen Strich durch die Rechnung. Da sie gegen deren gemeinnütziges Wirken nichts einwenden können, so versuchen sie es, das Vertrauen der Bevölkerung in die dort empfohlenen Heilmethoden zu untergraben. Zum Teil geschieht dies unter dem Schein wissenschaftlicher Aufklärung über die richtige Art der Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten. Ein Verlag macht sich z. B. „im Interesse des Volkswohls“ sogar anheißig, eine bestimmte Zahl von Broschüren gratis abzugeben — Gilt sei geboten, sonst seien sie vergriffen. Am Ende solcher Ausführungen, die vor Tod, Querschnitt, Salsparan und den sonstigen bewährten Mitteln als Giften anrufen machen, folgt dann — die Empfehlung irgend eines neuen Verfahrens oder einer Methode oder eines Instituts, zu dessen Befugung sich jeder auch gelegentlich ein unbekanntes oder unbekanntes Mittel herzuholen. Oder es werden vielversprechende Versprechungen gemacht: „vor schneller, gründlicher Heilung durch giftfreie Kuren, ohne Einspritzung, ohne Berufskörung, auch bei veralteten Fällen“; oder es wird ein „baldiges Naturheilverfahren“ oder eine „langerprobte Kräuterkur“, eine „Anleitung zur erfolgreichen Selbstbehandlung“ in Aussicht gestellt.

Besonders eindringlich erscheint es, wenn Dankschreiben Geheiler dabei aneuführt werden. Wiederholt sind solche als gefälscht nachgewiesen worden. Aber das brauchen sie gar nicht zu sein. Wer ein wenig über das Wesen der Geschlechtskrankheiten unterrichtet ist, weiß, daß solche Zeugnisse gar nichts für den Wert der Kur hemmen. Heilen doch die Geschlechtskrankheiten recht oft nur sehr langsam aus, ganz gleichgültig, was oder ob man überhaupt etwas dagegen unternimmt. Wird in dieser Zeit ein

Zeugnis von dem heillichen Kranken ausgestellt, dann hat der Geschäftsmann was er will — der Kranke freilich nicht; denn nach kürzerer oder längerer Zeit bricht sein Leiden wieder aus! Er ist aufs brüchige Eis geführt und nicht nur das! Er wird auch zum Volkschädling durch die schwere Gefahr der Ansteckung anderer.

Jahrzehntelang durchgeführte genaue Beobachtungen haben übrigens gezeigt, was es für sich hat, wenn man die bewährten Heilmittel wie Tod und Querschnitt heilte schiebt: 600 Prozent häufiger treten dann die schmerzlichen Nachkrankheiten der Syphilis, wie Gehirnweichung, Rückenmarkschwindel, Gehirnhautentzündung, die Heine gegen das Salsparan aber beruht auf einseitiger Hervorhebung üblicher Zufälle. Wer wollte die Markose verdammen, unter der Tausende kämerlos ihrer Gesundheit zugeführt werden, nur weil gelegentlich ein Unglücklicher nicht mehr aus ihr erwacht? Salsparan wird eben angewandt, weil es noch bessere Erfolge erzielt als Querschnitt.

Man hüte sich also, solchen Anpreisungen zu glauben und eine solche „Rehabilitation“ für angebracht zu halten, die nur eines sicher bemerkt: die Tischen der rührigen Geschäftsmacher zu füllen. Zu solchem Opfer an Gesundheit und Geld ist heute um so weniger Anlaß, als in den Beratungsstellen für Geschlechtskranke jehermann Gelegenheit hat, sich vertrauenswerten Rat unentgeltlich holen zu können.

Gemeinwirtschaft im Wohnungsbau.

Aus Genossenschaftskreisen wird uns geschrieben: Ueber Gemeinwirtschaft ist in den letzten drei Jahren viel geredet und geschrieben worden. Greifbare Erfolge in der Gemeinwirtschaft haben bisher nur die Konsumvereine zu verzeichnen. Die Produktionsgenossenschaften, die im Laufe der letzten Jahre geründet worden sind, haben einen schweren Kampf zu bestehen. Viele Widerstände, die bei der Einrichtung und dem Aufbau gemeinwirtschaftlicher Betriebe hervorgerufen sind, sind zu überwinden. Die Geschäftsführer sozialer Genossenschaftsbetriebe klagen darüber, daß die Sozialisten in der Praxis recht wenig für die Gemeinwirtschaft einsehen. Bis jetzt haben sich nur die Pioniere der Gemeinwirtschaft zu entschlossenen Handlungen zusammengefunden. Zur andauernden Arbeit ist nötig, um die Widerstände zu überwinden.

In der Beilage des Lübecker Volksboten vom Dienstag, dem 24. Januar, wird über gewerkschaftlich-genossenschaftliche Selbsthilfe im Wohnungsbau berichtet. Danach werden in Hamburg die Spitzhändler der Gewerkschaften und des Anstelltenverbandes mit dem Bauhütten-Betriebsverband „Nord“ eine Arbeitsgemeinschaft bilden, welche den Bau und die Verwaltung von Wohnhäusern übernehmen will.

In einer Entschliessung, die das Gewerkschaftskartell Lübeck im November des Jahres 1919 einstimmig angenommen hat, ist das gleiche für Lübeck gefordert worden. In Ausführung dieser Entschliessung ist die Arbeitsbaugenossenschaft, die sich zur gemeinnützigen Arbeitsgenossenschaft umgestaltet hat, und die Gemeinnützige Siedlungs-Genossenschaft geründet worden. In ständiger Weiterentwicklung haben sich bisher einige 2000 Mitarbeiter in diesen Genossenschaften gefunden. Die verhältnismäßig kleine Zahl derjenigen Personen, die sich praktisch für die Gemeinwirtschaft einsetzen, können als der Stützpunkt gelten, der sich bemüht, den Beschluß des Gewerkschaftskartells durchzuführen.

Wenn die 12000 organisierten Sozialisten in Lübeck das Gewerkschaftskartell durchzuführen wollen, müßte es ihre Aufgabe sein, nicht nur durch ein Lippenbekenntnis Sozialist zu sein, sondern sie haben auch die Pflicht, als Mitglieder einer Genossenschaft hervorzutreten, welche die Gemeinwirtschaft durchzuführen will.

Aber auch für viele Mieter ist es Zeit, wenn sie die Gemeinwirtschaft im Wohnungsbau durchzuführen wollen, sich den Gemeinnützigen Arbeits- und Siedlungs-Genossenschaften anzuschließen.

In der Gemeinnützigen Arbeitsgenossenschaft in Lübeck waren bis zum 31. Dezember 1921 308 Sparer, die über ein Konto von 298.770 Mk. verfügten konnten. In den ersten 19 Tagen des laufenden Jahres hat sich die Zahl der Sparer um 43 vermehrt und die Sparsumme hat um 50.144 Mk. zugenommen. Die eingelegten Sparsummen werden mit 4 Prozent verzinst. Der Betrag von 6465,58 Mk. Zinsen wurde am Jahresschluß den Sparern

zugeliefert. Die Bank der Genossenschaft unterhält ein Konto für Girokonten. Bis her war der monatliche Umlauf auf Giro-Konto 70.000 Mk. bis 100.000 Mk. Die Bestände im Giro-Konto werden mit 2 Prozent verzinst. Das Netto-Saldo dieses Kontos betrug am 31. Dezember 1921: 40.245,02 Mk.

Der Grundstein zur Gemeinwirtschaft im Wohnungsbau ist gelegt, es fehlt nur, daß ein jeder, der die Gemeinwirtschaft fördern will, sich selbst in den Dienst der Mitarbeit stellt.

Mögen diese Zeilen dazu dienen, daß sich der Leser die Frage vorlegt: „Was habe ich bisher für die Gemeinwirtschaft geleistet?“ und wenn er glaubt, nun mehr tun zu müssen, so gehe er ins Geschäftsbüro der Genossenschaft und lasse sich als Mitglied einzeichnen, oder er bringe eine weitere Summe Geldes zur gemeinwirtschaftlichen Verwaltung. G.

Die Sozialdemokratische Bürgerfraktion hält am Freitag abend 7 Uhr im Rathaus eine Sitzung ab, zu der vollzähliges Erscheinen notwendig ist.

Beihilfe an die Waldschule. Durch Rat- und Bürgerbeschluß vom 10. Januar 1921 sind der Waldschulkommission als Beihilfe zum Betriebe der Schule im Rechnungsjahr 1921 17.500 Mk. zur Verfügung gestellt. Diese Beihilfe hat genügt, da die Schule aus den Mitteln der Kinderbesuche noch 25.000 Mk. erhalten hat. Der letztere Zuschuß fällt im Rechnungsjahr 1922 fort. In Anbetracht der wachsenden Kosten hat die Waldschulkommission gebeten, ihr den Staatszuschuß für das Rechnungsjahr 1922 zu erhöhen. Sie rechnet mit einer Ausgabe von 100.000 Mk., ihr stehen als vermutliche Einnahmen 35.000 Mk. an Elternbeiträgen, an eroffenen freiwilligen Spenden 15.000 Mk. gegenüber, jedoch 50.000 Mk. ungedeckt bleiben würden. Die Kommission hat beantragt, daß dieser Betrag, und zwar wie es auch bei der Ferienkolonie geschehen ist, auf 3 Jahre bewilligt werde. In Anbetracht der Bedeutung der Waldschule ist der Senat bereit, dem Antrage zu entsprechen. Er stellt daher zur Mitgenehmigung der Bürgerfraktion, daß der Waldschulkommission eine Beihilfe für den Betrieb der Schule für die Rechnungsjahre 1922, 1923 und 1924 von je 50.000 Mk. aus Staatsmitteln gewährt und daß dieser Betrag in den Haushaltsplan der betreffenden Jahre eingestellt werde.

Beihilfe zu den Kosten für die Museen. Durch Rat- und Bürgerbeschluß vom 20. Juni 1921 ist der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit für ihr Geschäftsjahr 1921, das dem Kalenderjahr entspricht, zu den Kosten für die beiden Museen ein Zuschuß von 330.185,75 Mk. bewilligt. Die Gesellschaft hat nunmehr ihr Geschäftsjahr dem staatlichen Rechnungsjahre angepaßt und ihren Vorschlag für das Geschäftsjahr 1922 bereits für die Zeit vom 1. April 1922 bis 31. März 1923 aufgestellt. Außerhalb des Geschäftsjahres liegt somit die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1922. Die Vorsteher der Gesellschaft hat gebeten, ihr auch für diesen Zeitraum eine Beihilfe zu den Kosten für die Museen zu gewähren, und zwar in Höhe des vierten Teiles desjenigen Betrages, den sie für das Geschäftsjahr 1922 als Zuschuß zu den tatsächlichen Kosten der Museen zu beantragen beabsichtigt. Dieser Betrag ist auf 150.000 Mk. berechnet, jedoch die gegenwärtig erbetene Beihilfe 37.500 Mk. beträgt. Der Senat ist bereit, dem Antrage zu entsprechen, und stellt demgemäß zur Mitgenehmigung der Bürgerfraktion einen entsprechenden Antrag.

Das neue Adreßbuch (Verlag von Max Schmidt) ist soeben erschienen. Trotz aller Ungunst der Verhältnisse hat der Verlag alles getan, um ein vorbildliches Nachschlagewerk herauszubringen. Dem erweiterten und vermehrten Inhalt und einem guten haltbaren Einband steht ein möglichst gering gehaltener Preis (87 Mk. für Vorkaufsteller, im übrigen 95 Mk.) gegenüber. Neu aufgenommen sind weitere 80 Ortschaften der Umgebung und ein Verzeichnis der hiesigen Anstalten und Vereine mit Erläuterungen. (In diesem Jahre vorerst 400.)

Die Entschädigung der Auslandsdeutschen. Die Ortsgruppe Lübeck des Bundes der Auslandsdeutschen teilt mit, daß die Anmeldebekanntmachung für das Entschädigungsverfahren eingetroffen sind. Alle Auslandsdeutschen, welche ihren künftigen Wohnsitz am 31. Juli 1914 oder später im Auslande hatten, werden aufgefordert, die Formulare wie folgt anzufüllen: die Auslandsdeutschen aus Rußland in deren Verammlung am Montaa, dem 30. Januar, um 6 1/2 Uhr in der Schiffergesellschaft oder später im

Eine dunkle Tat.

Roman von Levin Schädling.

12. Fortsetzung.

Achtes Kapitel.

Am andern Tage nach Mittag wanderte Bernhard wieder den Weg zum Stifte. Er war tief, tief betrübt. Fast ohne Fassung warf er einmal auf dem Wege sich in das Gebüsch, ruppig mechanisch einen Strauß von Genzian und verblümmerten Bergveilchen in die Arme und dann sah ihn die abgerissenen Blüten so eigenartig an, daß er das Gesicht in die Kräuter drückte und heftig schluchzte. Die Hoffnung, daß er bei Katharinas Trost finden würde, erhob ihn wieder; er raffte sich auf, wusch die Tränen in dem nächsten Bache ab, der wie eine breite, grüne Schlange mit seinen Grasbüscheln über die braune Fläche sich gelagert hatte, und schritt hastig weiter. Er wollte ihr alles sagen, was ihn drückte; er wollte einmal so rüchellos mit ihr reden, wie er es noch nie über seine angeborene Verschlossenheit vermocht hatte. Aber als er vor ihr stand — sie war so heiter, so lächelnd freundlich, etwas verschämt im Anbenden über ihr leichtes Verschwinden; er konnte seinen Kummer nicht über die Lippen bringen. Ihre Seltsamkeit mis ihm so ganz verschiedene Stimmung auf sich selbst zurück; er fühlte sich ihr fremder denn sonst. Er hätte sie etwas argern mögen, weil sie so heiter war, weil lieber, als ihr noch eine Freude durch den Beweis seines rüchellossten Vertrauens zu machen. Kurz, er vermochte es nicht, und flüchtete sich vor sich selbst hinter die Ausrufe, er wolle sie in ihrer heitern Stimmung nicht hören.

Katharina merkte aber bald seine Traurigkeit und weil diese sonst oft in seinem Verhältnis zu seiner wunderlichen Mutter ihren Grund hatte, lenkte sie das Gespräch auf die, um ihm so schonend wie möglich seinen Kummer abzuladen.

„Ich muß gestehen,“ sagte sie im Verlaufe dieses Gespräches, „ich würde mich wenig wundern, wäre Ihre Mutter auch eine noch seltsamere Frau als sie jetzt; ja, ich glaube nicht, daß ich selber noch diesen schärren und ruhigen Verstand, welcher der Grundton unter all ihren wunderlichen Meinungen bleibt, mir bewahrt haben würde, wäre meine Jugend von denselben Schreden begleitet gewesen wie die Ihre; ich würde es nicht ertragen haben; ich wäre wahnsinnig geworden.“

„Nun,“ sagte Bernhard, „ihre Jugend war keine frohe, soviel ich weiß; es liegt ein besonderes Unglück auf untrer Familie; es ist ein Fluch, den sie sich zugezogen hat — und gegen den es vergebens ist, anzukämpfen“, lezte er leuzend hinzu.

„Mein armer Junge! lassen Sie uns ein Paar“ — sie stockte und lächelte; dann fuhr sie fort: „Lassen Sie uns ein Paar anhänglicher Familienmitglieder sein, die aus dem gebannenen Kreise heraustreten; — Sie mißverstehen mich nicht; ich meine, Sie sollten sich anhänglich und vertrauens an ihr Adoptivvater

halten; dann kommen sie vielleicht heraus. Ja, Sie verstehen mich, Sie sind ein guter, guter Mensch und nicht wahr, Sie sind nie ein Lügner? Ich will Ihnen ganz vertrauen; Sie werden kein erbärmlicher Geizhals und meinem Betragen Auslegung unterschreiben, die mich lächerlich machen würden, die aber bei Ihnen Verdorbenheit bemerken. Nein, Sie tun es jetzt nicht und auch später, wenn das Leben und allerhand Abenteuer Sie mißtrauischer gemacht haben, werden Sie es nicht tun! O Gott, ich müßte meinen guten Augen dann verloren geben!“

Glauben Sie, gnädiges Fräulein, ich könnte niemals etwas denken, was etren Schatten auf Sie würde?“

„Nein, ich hoffe, Sie sind unfähig dazu; aber wenn es jemals der Fall wäre — o ich könnte meine Verachtung nicht stark genug ausdrücken; es wäre gemein, niedrig — abscheulich wäre es. — Ich will wie eine Verwandte für Sie sorgen; ich will Sie wie einen Bruder lieben; ich will jemand haben, für den ich sorgen kann wie ein Weib; an dem ich eine geistige Stütze habe, denn meine Umgebung reicht nicht für mich aus; meine Gedanken gehen darüber hinaus und bewegen sich in einem Felde, das nur Sie auch betreten; aber wenn ich auch so gedankenarm wäre wie meine Köchin — es wär' doch dasselbe, ich will jemand haben, der mein ist und dem ich wie einem abendigen Komete alles aufpacken kann, was an Liebe und Wärme, an Drang zu pflegen und zu hegen, zu beschützen und zu leiten, in mir ist und überfließt!“ Sie fuhr bei diesen Worten heftig in seine Arme und küßte ihn auf die Stirn.

Aber wenn Sie Komete deshalb glauben oder jemals sich einbilden, ich wäre verliebt in Sie, ich wäre eine Lärin und würde mich Ihnen an den Hals, so sind Sie nicht nur ein eitler Geizhals, sondern Sie sind etwas Schlimmeres; ein verdorbenes Mensch, der von einem reinen und edlen Verhältnis keinen Begriff hat. Sie wissen, was ich von der Liebe halte; ich mag freilich zu strenge darüber urteilen, denn ich kenne sie nicht und fühle auch kein Organ dafür in mir, so daß ich sie nie kennen lernen kann; aber das weiß ich, daß sie keinen Wert hat, weil keine Dauer; keine echte Liebe, weil keine Ruhe; daß sie nicht glücklich macht, weil sie beides fehlt und daß sie endlich viel zu sehr mit allerlei physischen Dingen in Rapport steht, als daß ich sie je achten könnte. Dafür halte ich alle Bande des Stutes für das Schicksal im Leben; sie machen ein Verhältnis, das innig, tief und edel ist, und dessen Pflichten die heiligsten auf der Welt sind. Ich könnte mich nie als Braut, recht wohl aber als Frau denken. Und Ihnen, ja wahrhaftig, Ihnen müßte auch wunderbar zumute sein — es müßte Ihnen lächerlich schmecken, wenn Sie den Liebhaber spielen sollten.“

„Wenn ich ihn spielen müßte, freilich; aber wenn ich es tun würde?“

„O, das ist's eben. Sie können es nicht sein; ich weiß, Sie fühlen wie ich und können es nicht.“

Bernhard glaubte in der Tat zum großen Teile ebenso zu fühlen, wie das Stiffräulein mit einer gewissen Festigkeit es ausgesprochen hatte. Er gab ihr deshalb endlich recht, obwohl

er ihr allerhand Paradoxen einwarf. Aber im Grunde war ihm etwas in ihrer Rede nichts weniger als erfreulich. Zwar hatte er sich nie klar und bewußt gesagt, Katharina liebe ihn; aber dennoch wurde ihm ein wenig gewissenbeschwert bei ihrer unterschiedenen Protestation zumute. Das Ende war übrigens, daß er sie jetzt nur noch mehr liebte. Seine Neigung lösch im ersten Augenblick zurück, wie eine arme spielende Welle, die eintfallender Windstoß plötzlich zurückwirft; aber sie kehrte höher angeschwollen gleich darauf wieder. Katharina war in seinen Augen nun größer und edler, ihre ganze Erscheinung nur erhabener geworden.

Und sie — ein großer jungfräulicher und vielleicht auch ein gewisser aristokratischer Stolz wäre so tödlich verletzt worden, wenn sie hätte glauben müssen, Bernhard gebe ihrem Betragen eine demütigende, eine gemeine Auslegung, daß sie alle Gelehrten aufbot, um sich zu überzeugen, Bernhard sei durchaus unfähig dazu, er sei die Unschuld, die Keinheit, die Keuschheit selbst; er sei ein Engel. Ja, man konnte es ja schon seinem Neuzeren, dieser heiligheligen Witwe, diesen spiegelglatten, klaren Augen, deren Innigkeit so tief war wie der tiefste See, diesen weichen klaren Zügen seines glänzend schönen Gesichtes anlesen, daß er ein Engel sei — sie hatte ihn auch so lieb, so unendlich lieb deshalb — sie ward über Nacht bis zum Sterben verliebt in ihn, doch deshalb, weil er nie die dumme Einbildung haben konnte, daß sie es sei —

O liebe Logik eines Frauenherzens!

Katharina lenkte das Gespräch nach einiger Zeit dahin zurück, von wo es ausgegangen. Bernhard äußerte sich über seine Mutter heute noch weniger als sonst; aber er sagte mit einer Betonung, als kämen die Worte tief aus einem wunden Herzen, daß eine Mutter nie eine Sünderin sei.

„Eine Sünderin? was wollen Sie damit sagen, Bernhard?“

„Ich glaube fast,“ fuhr das Stiffräulein fort, „Sie tun Ihrer Mutter, welche guter Sohn Sie auch immer sind, doch in Ihrem geheimsten Denken unrecht, lediglich weil Ihnen der Schlüssel zu all ihrem Wele fehlt.“

„Den glaub' ich zu haben; Gott hat für ein tiefes Gemüt gegeben, das ebenviel Kraft klaren Verstandes als Schwäche der Vernunft hat, mo Lebensfragen zu bekämpfen sind. Sie ist ein großartiger, gewaltiger Charakter; der Mann und das Weib sind gleich stark in ihr.“

„Ihrer Bernhard, der Mensch wird wie ihn die Welt erzieht; ich achte Ihre Mutter, aber ich glaube, daß die Großartigkeit ihres Charakters nur Folge eingetragter Schrecken sei, die sich ihrer jugendlichen Phantasie eingepreßt haben. Sie wäre vielleicht ein sanftes, weiches lebenswürdiges Weib geblieben, hätten sie nicht unheimliche Ereignisse amnestisch in einen Gedankenkreis gezogen, dem sie bei aller Verstandeskraft doch nichts weniger als gewachsen ist.“

(Fortsetzung folgt.)

Prof. Pich. Gräfin: Ebenhenn-Beterlen. Susanne: Bruhn. Herubia: Ruchholt. Am Sonnabend wird Carmen wiederholt für den Arbeiter-Verein gelangt am Sonntag: Des Meeres und der Liebe Wellen zur Aufführung. Abends: Figaros Hochzeit.

Sanjtheater. Freitag als 8. Vorstellung im Freitag-Abonnement: Die lustige Witwe. Montag, den 30. Januar, Konzert- und Tanzabend mit Heldentenor Wilhelm Wagner vom Landestheater in Götting als Gast (früher am hiesigen Stadttheater), unter Mitwirkung des Lübecker Mannchor's, B. und der Balletmeisterin Elisabeth Wiebig-Schmidt.

Mittwochabend. Am 26. ds. Mts. abends 7 Uhr findet für die innere Stadt im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße Nr. 50, ein Mittwochabend statt.

Für das nächste Sinfoniekonzert, 29. und 30. Januar, ist Herr Generalmusikdirektor Max v. Schillings als Dirigent gewonnen. Zur Aufführung gelangen: Brahms 2. Sinfonie, Verdi's Ouvertüre zu Benvenuto Cellini, Max v. Schillings' Herzstück von Wilsenbruch.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Die Groß-Hamburg-Frage hat von der Berliner Zentralstelle gute Aufnahme gefunden. Einstimmig wurde ein Gutachten angenommen, in dem gesagt wird, daß die Zerstückelung des zwischen Süder- und Norderelbe gelegenen See- und Landgebietes durch eine Landesgrenze und die Gemeindegrenze der Stadt Hamburg mit einer großen Anzahl preussischer Gemeinden bei der heutigen Rechtslage erhebliche Schwierigkeiten für die volle wirtschaftliche Ausnutzung und Verwaltung des Gesamtgebietes ergebe. Eine Aenderung der bestehenden Verhältnisse, unter denen zurzeit die von der Reichsverfassung geforderte kulturelle Höchstleistung der Bevölkerung dieses Gebietes nicht erreicht werden könne, liege im allgemeinen deutschen Interesse. Das Gutachten der Zentrale akzentuiert die von der Groß-Hamburg-Kommission hervorgehobenen Gründe, aus denen eine Aenderung durch Einverleibung Hamburgs in Preußen nicht erfolgen könne. Es wird sodann weiter festgestellt, daß die Erweiterung des bereits in seiner ganzen Ausdehnung an die Staatsgrenze Hamburgs heranreichenden Hamburger Hafens nur nach Süden möglich sei. Diese Möglichkeit darf nach der Auffassung der Zentralstelle nicht für alle Zeiten durch Wohnungspläne und Bauten anderer, am Hafen nicht in gleicher Weise wie Hamburg interessierter Organe verschlossen werden. Aus diesem Grunde, und weil der zu vergrößere Hafen einer einheitlichen Verwaltung bedürfe, erklärte das Gutachten eine Einverleibung der preussischen auf den Elbinseln liegenden Gemeinden Wilhelmshafen, Neuhof, Altenwerder und Ninkenwärder nach Hamburg als erwünscht. Nicht in gleichem Maße dringlich erscheint die Aenderung der einheitlichen Hafenverwaltung über die Süderelbe hinaus. Ein Austausch der Hamburger Enklave Moorburg sowie die Wiedervereinigung der Süderelbe liegt, gegen die preussischen Gebiete auf den Elbinseln käme bei Verlegung der Landesgrenze in den Lauf der Süderelbe in Frage. Die bauliche Erschließung und eine Besiedelung, die den neuzeitlichen Anforderungen des Städtebaues sowie dem Wohnbedürfnis der in den Gebieten nördlich von der Norderelbe wohnenden Bevölkerung entsprechen, müsse durch nach einheitlichen Gesichtspunkten aufgestellte Wohnungspläne geschehen. Mit Rücksicht hierauf sei daher eine engere Verwaltungsgemeinschaft der preussischen und hamburgischen Gemeinden wünschenswert. Nicht, nördlich bis zu den Hamburger Waddbüden und südlich bis etwa nach Reinbek notwendig. Das Gutachten betont dann weiter, daß bei einer Einverleibung von Gebietsstücken der Provinzen Hannover oder Schleswig-Holstein nach Hamburg die finanziellen Interessen der Provinzen und der beteiligten Kreise gewahrt werden müssen, und daß man für die verlorengehende Steuerkraft einen Ersatz finden müsse.

Trittau. (Kreis Stormarn) Raubmord. Am Mittwochabend man den ledigen Schumacher Schandora in seiner Wohnung ermordet auf. Es hat Raubmord vor. Der Schödel ist durch wichtige Verletzungen zertrümmert worden. Der Verdacht lenkt sich auf einen 23jährigen Schuhmachermeister namens Fischer, der bei dem Ermordeten 8 Tage gearbeitet hat und jetzt verhaftet ist. Fischer soll aus Danzig stammen. Er ist vor 10 Tagen von Hamburg nach Trittau gekommen und hatte 2 Tage in einem dortigen Gasthofe logiert. Leider vergaß man seine Personalkarte im Fremdenbuch einzutragen.

Wie das hier und prallt da vorne, das sind die Steuen oder das Geschick zum Grobkraut. Warum läuft der andere dahin? Ach ja, der muß herüberkommen! Oder jetzt ist er wohl schon da? Er kann ihn nicht sehen vom Balkon! Aber jetzt kommt er! Hans Appen fühlt plötzlich, als hätte sein Herz stehen. Wie es steht zwischen ihnen und hat Blut am Arm, oder am Hals ist es, man kann es ja nicht sehen norm Segel. Waren wohl Splittter vom Stenon! Und hoch im Arm trägt sie das Kind.

Der Wie ist stehen geblieben. Sie streckt sich mit der freien Hand das Blut aus den Haaren. „Dat's Dien Werk, Du!“ Sie schreit es ihrem Vater entgegen, so wie er sie noch nie gehört hatte.

„Stach em dat!“ Hans Appen dringt mit der Spiere nach vorn, aber das Weib hält ihn zurück mit übermenschlicher Kraft. „Denk an mein Kind, Radder!“ Wieb kreischt schreiend auf, hält die Arme mit der Windel wie zum Schutze hoch, und der Fischer stiert auf sie, scheint zu horchen als traue er seinen Ohren nicht mehr.

„Dien Kind!“
„Mein Kind, Radder, denk an mein Kind!“
Dasselbe Brandt steht eine Weile wie unheimlich. Er reißt den freien Arm weit aus, streckt sich über den Wirbel, tastet ungläubig über die warme Haut der Tochter und kriecht schließlich zusammen, als er das Blut fließen sieht. Einen Augenblick hinst er nieder in unsäglichem Hohn auf den Fischer und wackelt seinen Blick. Da wimmert das Weib auf und steht taumelnd und leidend da.

„Gah nun Nord, Radder!“
Der steht starr auf die Windeln, wie auf etwas Unfassliches und dann, als hätte eine wunderliche Freude in ihm auf, knurrt er wie ein Tier. Klettert ganz langsam zurück mit schweren, gelangenen Gliedern und sprang auf den Kutter.

Nur der Eindeine erntet hüben und versucht das Tauwerk zu kappen, um die Schiffe freizubekommen.

Was sollte wohl aus uns werden.

Von Tobias Femberlein.

Es gibt Tage, die sind mit Wech besetzt. Die ganze Welt hat sich wider die Redlichen, in diesem Falle wider meinen Freund Paul und mich, verschworen.

So zum Beispiel vorigen Freitag. Schon die Nacht war nicht besonders. Zeitig war ich aufgestanden, gegen 2 Uhr nachts (Morgenstunde hat Gold im Munde), und hatte im Tiergarten einem Bourgeois den Hals umgedreht. Erst hatte er ein wenig geröchelt und unsäglich Widerstand geleistet; aber dann sah er ein, daß es nicht anders ging und starb. Es war aber nicht viel los mit ihm; außer der vergoldeten Uhr und einer falschen Zehndollarnote trug er nur den Schatz einer Filmgesellschaft über zehntausend Mark bei sich, was noch weniger als nichts bedeutet. Ich ärgerte mich, daß ich mir deswegen soviel Umstände gemacht hatte, und fuhr in trüber Laune zu Paul.

*) Dieses Feuilleton führe sich der Leser auf eigene Rechnung und Gefahr zu Gemut. Der Verleger trägt jegliche Schadensersatzansprüche von v. n. fern ab.

Kleinstädlerexistenz und Eisenbahnpolitik.

Ein Notruf an Gesetzgeber und Eisenbahnminister.

Von einem im Siedlungswesen gut bewanderten Genossen wird uns geschrieben: Die wirtschaftlichen Erscheinungen und Tagesfragen der Gegenwart überfluten wieder einmal einander. Die Verteuerung des Lebens, bedingt durch den Preissturz der Mark, wächst ständig, oft in sprunghaften Zudungen. Die öffentlichen Verkehrsinstitute — Post und Eisenbahn — melden Defizit über Defizit. Diese Unterbilanz muß fortgeschafft werden durch Portoerhöhung und Fahrpreissteigerung. Handel und Industrie wälzen diese Erhöhungen durch Warenaufschläge auf das große Publikum ab. Der Privatmann legt sich die größtmögliche Beschränkung im Briefschreiben und in der Benutzung der Eisenbahn auf. Nur eine Gruppe von Privatreuten vermag das nicht: Diejenigen, die fern den Städten haufen und doch in der Stadt ihre Arbeitsstätte haben. Das sind die Siedler, die aus Liebe zur Natur oder angeregt durch die staatliche Agitation für den Siedlungsgebanken es auf sich nahmen, außer ihrer Berufsarbeit auch noch die Bearbeitung eines Stückes Bodens in die Hand zu nehmen, dadurch den allgemeinen Lebensmittelmangel im bescheidenen Maße zu entlasten und zugleich zur Linderung der städtischen Wohnungsnot beizutragen. Hilfsbereit der Allgemeinheit gegenüber haben sie ihre Stadtwohnungen auf. Und nun präsentiert ihnen der Staat die Rechnung für ihre Gutmütigkeit: ständig steigende Eisenbahnfahrpreise.

Wir verkennen keineswegs die Notlage der Eisenbahn, verstehen aber doch nicht, warum die Siedler so ganz unberücksichtigt bleiben sollen, wo z. B. noch immer die Reichswehrsoldaten — sie sind heute nicht mehr auf 33 Pfg. Lohnung pro Tag gestellt! — gegen Zahlung des halben Fahrpreises vierter Klasse die dritte Wagenklasse benutzen können. Und man sehe sich doch einmal das reisende Publikum auf seine Zahlungsfähigkeit an! Da ist der Ausländer, der schmunzelnd für billiges Geld (die Valuta der Mark steht ja so niedrig!) durch Deutschlands Gauen rollt. Da sind die Schreiber und Bucherer, die bald Wintersport in Oberbayern betreiben, bald die Ost- und Nordseebäder in den schönen Sommermonaten heimsuchen müssen! Da sind die Leute, die bei keinem Rennen und bei keiner sportlichen Veranstaltung fehlen dürfen, ganz gleich, ob diese in Berlin, Dresden, Hamburg oder Hannover stattfindet. Hier könnte durch geeignete Aufschläge auf die Fahrpreise manches herausgeholt werden. Über den streblamen Siedler mit dem Schieber, dem reichen Ausländer und dem Sportmenschen auf ein und dieselbe Stufe bei der Bemessung des Fahrpreises zu setzen, halten wir für eine schreiende Ungerechtigkeit.

Derartige Ungerechtigkeiten hat er aber mehr als diese eine in den Kauf zu nehmen. Eine der offensichtlichsten ist jene, mit der die Preishöhe seiner Monats- resp. Wochenkarte bemessen ist. Die Bahnverwaltung hat für Leute, die entfernt ihrem Wohnort der Berufsarbeit nachgehen, zwei Fahrmöglichkeiten geschaffen. Einmal handelt es sich um eine zum halben Preise erhältliche, behördlich kontrollierte Karte, die zur Fahrt zur Arbeit am Montag und zur Heimfahrt am Sonnabend (resp. an dem dem Feiertage vorangehenden Tage) berechtigt. Dann gibt es noch Wochen- und Monatskarten, die erheblich teurer sind. Der Siedler aber, der sich täglich um sein Stückchen Land und um seine Kleintierzucht kümmer muß, kann nur von der Wochen- resp. der Monatskarte Gebrauch machen. Denn sein kleines Anwesen kann bloß gedeihen und seinem der Allgemeinheit nützenden Zweck erfüllen, wenn es wirklich gut imstande gehalten ist. Alle Woche an einem Tage nach dem Rechten zu schauen, geht da nicht an!

Nun aber sind die Fahrpreise derartig gestiegen, daß sie im Verhältnis die eventl. eingetretene Lohnsteigerung weit überflügelt haben. Für den kommenden 1. Februar ist eine weitere 75proz. Fahrpreissteigerung in Aussicht gestellt. Die Fahrpreise haben, wenn diese Steigerung wirklich in Kraft treten sollte, dann etwa das Sechsfache der alten Fahrpreise erreicht; ihre Hinausschraubung auf das Zwanzigfache wird bereits hier und da lautbar. In welchem Bezug sind aber Lohnaufbesserungen in dieser Höhe zu verzeichnen? Das gilt nun aber bloß für die gewöhnliche Fahrkarte. Mit den Monats- und Wochenkarten, die in erster Linie für den Siedler in Betracht kommen, ist es weit härter bestellt. Man hat mit dem 1. Juni 1920 die Monats- und Wochenkarte vierter Klasse eingeführt. Diese neue Karte sollte (nach Ausführungen des Regierungserreters im Reichstag am 20. April 1921) „nur unwesentlich teurer als die bisherige Monatskarte 3. Klasse in Preußen“ sein. Die Interpellanten, die diese Mitteilung auf eine kleine Anfrage erhielten, haben sich mit dieser Antwort zufrieden gegeben, ohne sie auf ihre Richtigkeit hin nachzuprüfen. Sie war aber nicht richtig. Denn auf der Strecke Frankfurt a. D.—Berlin betrug z. B. zu jener Zeit der Monatsfahrkartenpreis dritter Klasse 124 Mk., während der Preis für die neue Monatskarte in der vierten Wagenklasse gleich auf 175 Mk. emporgeschickte. Das war eine Erhöhung um reichlich 40 Prozent. Setzt man dabei das übliche, auch heute noch innergehaltene Fahrpreisverhältnis zwischen dritter und vierter Klasse (wie 3 : 2) in Rechnung, dann kommt sogar eine Erhöhung von 110 Proz. heraus. Und das alles, während sonst die Fahrkartenpreise damals bei weitem nicht in diesem Maße erhöht wurden. Immerhin gehörte einiger Mut dazu, diesen Preisunterschied als „nur unwesentlich“ zu charakterisieren.

Um es gleich vorweg zu nehmen: wenn die Eisenbahnverwaltung ins Feld führen sollte, daß die alten Fahrpreise für die Monatskarten an und für sich zu niedrig gewesen wären, so kann das nicht als stichhaltig gelten, denn dann wäre ja das ganze alte Tarifsystem, bei dem sich doch so schöne Ueberflüsse erzielen ließen, zu niedrig gehalten gewesen.

Tritt die neue Fahrpreiserhöhung in Kraft, ohne daß für die Siedler eine Ermäßigung geschaffen werden kann, so bedeutet das den unrettbaren Ruin des Siedlungsgebans, für den der Staat noch immer fröhlich weiter Propaganda macht. In unseren gegenwärtigen wirtschaftlichen Nöten ist jeder Siedler zu nennen, der den Wohnungs- und Lebensmittelmangel zu entlasten bestrbt ist, also nicht bloß der, der ganz von dem Ertragnis der Scholle lebt, sondern auch derjenige, der notgedrungen seiner Berufsarbeit nachgeht. Alle diese wackeren Leute dürfen nicht in den Abgrund hineingestossen werden. Die Allgemeinheit hat ein Interesse daran, daß sie auf dem Posten bleiben, den sie sich selbst — zum Nutzen der Allgemeinheit — erwählt haben.

Und bei einigem guten Willen ließe sich diesen Leuten auch helfen. Der Begriff des Fahrpreisermäßigungsberechtigten Siedlers kann leicht scharf umrissen werden. Vielleicht durch eine Bescheinigung der Heimatbehörde, daß der Siedler ein Stück Land in einer bestimmten Größe bearbeitet oder Viehzucht in einem bestimmten Maße betreibt, daß sein Anwesen mit einer städtischen oder staatlichen Beihilfe errichtet worden ist, daß sein Einkommen eine bestimmte Höhe nicht übersteigt und daß er gezwungen ist, anderem Orts seinem Berufe (hier wäre Bescheinigung des Arbeitgebers notwendig) nachzugehen. Leuten, die in dieser Beziehung bestimmte Vorschriften erfüllen, müßte durch Fahrpreisermäßigung die Möglichkeit gegeben werden, den Siedlungsgebanken weiter praktisch zu propagieren. Gelingt es nicht, ihnen in ihrer furchtbaren Not zu helfen — zurück in die Stadt können sie nicht, da sie dort keine Wohnung finden —,

Paul war gerade dabei, seine Schwiegermutter mit einer Rippfedersäge zu bearbeiten, was ihm etwas oerdroß. „Paul, sagle ich vorwärts! Ich muß arbeiten — du aber denkst nur ans Vergnügen!“ Er bot mir einen Stuhl an, während mir die Schwiegermutter dankbar einen heißen Kaffee einsaß. „Ist Post eingelaufen?“ fuhr ich fort. Che Paul antwortete lachend, gab es einen prächtigen Knall, eine Tür zerplitterte und dahinter wälzte sich eine junge Frau in einer Blutlache. Paul fuhr sie an: „Ich habe dir schon vielmal gesagt, Clara, du sollst den Kindern des Handgranatenschießen abgewöhnen! Wie siehst du jetzt wieder aus!“ Da wandte er sich wieder zu mir: „Nur Kleintierzucht. Eine Anstaltskarte aus Argentinien: Schulz und Triller lassen dich grüßen und es gehe ihnen ausgezeichnet. Großmann läßt dich bitten, doch einmal nach seinem Kanarienvogel zu sehen, er mache sich Sorgen um das Tierchen. Erich mit der blauen Brille erteilt uns eine Abgabe, er will mit Detailisten nichts zu tun haben. Ferner eine Strafanzeige des Freikorps Kojshweiff wegen unzulässiger Wettbewerbs und Antrag auf Entziehung der Mordenzession. Das könnte den Brüdern ja passen! Der Geheimverband „Terror-Germania 1921“ sendet uns eine neue Tarifsliste. Hoch mal: Minister im Dienst... 200 000 Mark, Minister a. D. ... 150 000 Mark, Abgeordnete ... 40 000 Mark. Bei Juden 20 Proz. Prämienzuschlag, in Bayern 33 Proz. Abzug, da weniger Geschah vorhanden... „Quatsch“, lagte ich, „bei dem Postkartens. Nicht in die Türe; sollen die Herren selber meudeln und bleiben wir selbständig. Sonst noch was?“ — „Ein Freier von Tütow möchte seinen Onkel weghaben, der sich auf das Weiterleben verweist...“ — „Wie alt ist das Objekt?“ — Vierundsechzig Jahre...“ — „Das kann Willi besorgen, der geht auch schon das dritte Jahr in die Fortbildungsschule und leistet nichts. Er soll den Alten ins Wasser schmeißen, dann nippelt er schon ab... Komm jetzt!“

In ernste Jagdgespräche versunken, schlenderten wir durch die Leipziger Straße. Da machte Paul den Vorschlag, auf dem Balkon der Konditorei Joshi einen Kognal zu trinken. Ich war einverstanden damit, und wir betrachteten bei einigen Schnäpzen das Leben und Treiben auf dem Potsdamer Platz. Plötzlich gewann das Gesicht meines Kompagnons einen finsternen Ausdruck. Er starrte wütend nach dem Erker des Fürstenhofes hinüber. „Was hast du, Paul?“ — „Ach, da sitzt der Mesmer, der Schweine, und ein Gläubiger, der mir die Gerichtsvollzieher letztenweil auf den Hals schickt. Gut mal, wie er glöht.“ Paul zog dabei seinen Revolver aus der hinteren Hosentasche, zielte und schoß. Drüber fiel eine ältere Dame vom Stuhle, der Gläubiger aber grinte. Paul schloß zum zweitenmal. Diesmal traf er einen Kellner in den Unterleib, der daraufhin abgelöst werden mußte. Der Gläubiger schlug sich auf die Schenkel vor Vergnügen. Pauls Gesicht sah nachgerade unheimlich aus. Er schoß zum drittenmal. Diesmal gelang es ihm, dem Partner die Kinnlade zu zerhackern, was diesen mächtig aufbrachte. Er ließ sich vom Kellner einen Mörsler bringen und schoß uns die Konditorei glatt unter dem Hosenboden weg. Nunmehr verlor mein Freund Paul die Nerven und rannte wie besessen über den Platz, ohne den Verkehr zu beachten. Es kam es, daß eine 14. eine R., ein Auto und eine Dampfwaage hintereinander über ihn wegfuhren. Als die Straße endlich frei war, machte Paul einen sehr zerstreuten Eindruck. Ich ruffte ihn, so gut es ging, zusammen und fuhr ihn in die Leichenhalle. Hier wurde er auf einen Tisch gelegt, sortiert und

geordnet. Als ich mich eben damit beschäftigte, Paul etwas zu trösten, erhielt ich einen gewaltigen Schlag auf den Hinterkopf. Es war der Mann mit dem Rinsched vom selben Morgen, den man hier eingeliefert hatte; er hatte mich wiedererkannt und zeigte sich als nachträglich. Der Schlag war so heftig, daß ich mich veranlaßt sah, gleichfalls auf einem der Tische Platz zu nehmen.

Paul, der das alles mit angesehen hatte, hielt belustigt mit seinen Gedärmen, füllte sich ein Glas mit anatomischem Spiritus, trank in kräftigen Zügen, brannete sich eine Zigarette an und meinte lakonisch: „Mein lieber Freund, was sollte wohl aus uns werden, wenn wir den Humor verlieren wollten...“
Ich pilztete ihm bei.

Der Winter.

Von Magnus Gottfried Lichtwer (1719—1783).

Jetzt schickt uns der furchtbare Broden,
Die weißen und schimmernden Floden,
Die fliegenden Feder von Eis,
Die Felber, die Büsche, die Hügel,
Die Gärten, die Gassen, die Ziegel,
Die kleiden sich völlig in Weiß.

Der Grünlich beginnt sich zu paaren,
Es fliegen die Gänse bei Scharen,
Es ruft die prophetische Kräu',
Der Ammerling sucht jetzt die Scheune,
Der hüpfende König der Föhne
Singt fröhlich im glänzenden Schnee.

Das Wasser, das Schiffe durchschneidet,
Trägt Menschen und Wagen und Schiffe
Und ist ein gehärtetes Glas,
Der Frost macht die Flüsse zu Brüden
Und leitet in versteinerte Städen
Ein flüchtig und weichendes Raß.

Hilf Himmel! wie raffen die Speichen
Und führen uns Wälder von Eichen,
Gerippe des Harzes herzu!
Wie rauchen die Spizen der Häuser!
Wie knistern die brennenden Reiser!
O Dien! wie tröstlich bist du!

Nun zahlen mit Fleisch und Gebeine
Die sorglosen, kräftigen Schweine,
Für Pflege, Stallung und Kost.
Nun fällt man den Schornstein mit Wärfen,
Mit Schindeln, dem Eisen der Fürsten,
Mit Spede, der Hauswirte Trost.

Glaubt, Kinder! ein fröhlich Gemüte,
Ein Zimmer, das warm ist, sechs Hüte
Von Brauer, ein Zentner Kaffee;
Ein Häpchen mit Doherrngetränke,
Das härt die erfrorenen Gelenke
Das hält für die... Weß.

Dann hat man Tausende von Erfindungen zettungslos ruiniert, dann ist es der Eisenbahnwirtschaft gelungen, einen Strich zu drehen, an dem der als so ausschweifend in die Welt hinausposaunte Siedlungsgebäude erbarmungslos erdroffelt wird.

Unsere Parlamentarier aber — die Freifahrt genießen — sollten sich ein wenig mehr als bisher mit diesen Fragen beschäftigen. Sie sollten nur einmal die Leute in der vierten Wagenklasse hören, wenn das Thema der künftigen Fahrpreiserhöhung angeschnitten wird! Eine so wichtige Frage von Verzweiflung und Trostlosigkeit, wie sie sich gar nicht vorstellen können, würde auf sie einstürzen. Jemand einen Ausgleich zu schaffen, daß auch die Bahn zu ihrem Recht kommt, dürfte verhältnismäßig leicht zu schaffen sein. Der Prozentsatz der Ermäßigungsberechtigten wird sicherlich kein allzu großer sein. Aber geholfen muß hier dem Siedler werden — und zwar rasch und gründlich!

Gewerkschaften.

Konferenz der Polizeibeamten. Eine Konferenz des Landesverbandes der Polizeibeamten Deutschlands wurde Dienstag in Berlin eröffnet. Die Vertreter der Polizeibeamten werden in erster Linie zu den vorliegenden Gehaltsfragen für die Schulpolizei Stellung nehmen. Neben zahlreichen Delegierten sind Vertreter verschiedener politischer Parteien sowie Ministerien erschienen.

Der Transportarbeiterstreik im Ruhrgebiet beendet. Die Arbeit ist in allen Städten wieder aufgenommen worden. Die Sperrlöcher sind von 660 auf 595 Mk. erhöht worden. Maßregelungen erfolgen nicht.

In der Hagen-Schweizer Eisen- und Metallindustrie ist eine neue Lohnbewegung im Gange. Die Arbeitgeber lehnen die Forderungen der Arbeiter ab. Ein von den Gewerkschaften angeregtes Schlichtergesetz erklärte sich nach längerem Verhandlungsaufstande, einen Schlichterspruch abzugeben. Daraufhin hat sich die gesamte Arbeiterchaft mit 14-tägiger Frist gekündigt. Wenn innerhalb dieser Frist eine Einigung nicht erzielt wird, so ist nach 14 Tagen mit dem Stillstand der Werke im ganzen Bezirk zu rechnen.

Genossenschaften.

Die Genossenschaftsbewegung im Ausland.

Die englische Großeinkaufsgesellschaft verzeichnet für das dritte Vierteljahr 1921 eine Abnahme des Umsatzes um 1378542 Pfund Sterling oder 28 Prozent gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres. Der Umsatz der Produktionsbetriebe ging um 2525129 Pfund Sterling oder 28 Prozent zurück. Auch die Großhandelsbetriebe dieser englischer Vereine zeigen starken Umsatzrückgang. Diese Erscheinungen sind nichts anderes als Folgen der wirtschaftlichen Not Englands, die sich aus den Deutschland auferlegten Bedingungen ergibt. Deshalb nennt auch das Organ der internationalen Genossenschaften, „Der freie Genossenschaftler“, in einem dreisprachigen Aufruf die Revision der „Sonderverträge von Versailles und St. Germain“ das dringendste Weltproblem. Es heißt darin: Entgegen den Grundgedanken, für die die Entente angeblich ins Feld gezogen, wird heute nach dem deutschen Volk in der brutalsten Weise verfahren. Die Folgen dieser katastrophalen barbarischen Willkürhandlungen eines der höchstentwickeltesten Kulturvölker sind unvermeidlicherweise das Dahinsinken aller europäischen Völker, der Untergang aller Zivilisation und Kultur sein. Die demütigendsten Konsumgenossenschaftler haben eine Denkschrift verfaßt, in der geschildert wird, wie durch die unerbittliche Geldentwertung die Deckung ihres Kapitalbedarfs aufs Äußerste bedroht wird. — Aus der japanischen Genossenschaftsbewegung, die im Jahre 1892 begann, wird berichtet, daß jetzt mehr als 16000 Genossenschaften bestehen, die 45 auf mehr als 12000 Städte und Dörfer verteilen. Die Durchschnittsmittelschicht besitzt 25 auf 145; die oberen Schichten mehrere tausend, eine letzte 19782 Mitglieder. Die Konsumgenossenschaften, die in Zahl an zweiter Stelle stehen, wachsen jetzt in den Städten infolge des Drucks der hohen Lebenshaltungskosten auf die Industriearbeiter gewaltig empor. — Die bulgarische Genossenschaftsbewegung ist im Aufschwung begriffen. In den Jahren 1919 bis 1921 wurden mehr als 2000 Genossenschaften der verschiedensten Art gegründet, vor allem Kredit-, landwirtschaftliche und Konsumgenossenschaften. — Der

alten finnischen Großeinkaufsgesellschaft waren zu Beginn des Jahres 1921 500 Konsumvereine, gegen 490 am Ende des Jahres, angeschlossen. Obwohl 16 neue Bezirke erfolgten, denen nur neun Ausschüsse gegenüberstanden, verringerte sich die Zahl infolge Verschmelzungen. — Aus der südafrikanischen Genossenschaftsbewegung wird berichtet, daß 25 Konsumvereine und eine Druckerlei gegründet wurden. Weitere Genossenschaften bestehen in größeren Orten. Eine kürzlich abgehaltene Konferenz traf die Vorarbeiten für die Errichtung einer Großeinkaufsgesellschaft. — In der australischen Genossenschaftsbewegung bestehen 24 Konsumvereine Nordamerikas, von denen 26 auf Neu-Südwest, 27 auf Victoria, 19 auf Westaustralien, 10 auf Südastralien, 6 auf Queensland und 2 auf Tasmanien entfallen.

Aus aller Welt.

Hohe Geldstrafen für Schmuggel und Wucher. Aus Stettin wird gemeldet: Das Schöffengericht in Bergen verurteilte den früheren Landwirt Berkson aus Schweden wegen verurteilten Schmuggels zu 200000 Mk. Geldstrafe und einer Woche Gefängnis. Bei der Vernehmung gab er zu, daß er Uhren, Kleidungsstücke, Messer, Schmuckstücke uhm. ohne Genehmigung der Zollbehörde aus Deutschland nach Schweden haben bringen wollte.

Theaterbrand in Dessau. Das Friedrichstheater in Dessau steht, wie telegraphisch gemeldet wird, in Flammen. Der riesige Gebäudekomplex bildet ein Klammernmeer. In Rettung ist nicht zu denken. Der Elektrizitätswerk der Stadt Dessau ist gefährdet. Mit verbrannt ist leider die Sängerin Vili Herkina, die in den neunziger Jahren dem Lübecker Stadttheater angehörte und von hier aus als hochdramatische Sängerin ihren Aufstieg nahm.

Eine arbeitslose Familie ermordet. Eine unheimliche Mordtat hat sich in Frankfurt bei Sulzbach im Kreis Schwaben (Homerellen) zugezogen. Dort wurden der Anführer Jang, seine Ehefrau, seine Schwägerin und seine vier Kinder durch Verhungerung getötet aufgefunden. Die Wohnung war durchwühlt, die Schränke zerhackt, Wäsche, Geld und Wertgegenstände geraubt. Als Täter kommen drei Männer in Betracht, die vorab aus dem Rosenberger Kreis zu kommen und mit Jang über den Ankauf seines Besitztums verhandeln zu wollen.

Wegen Kartoffelheberei verurteilt die Wucherammer in Köln einen hiesigen Kaufmann zu einem Jahr Gefängnis und 100000 Mk. Geldstrafe. Ein Gerichtsbeamter wurde mit vier Monaten und 60000 Mk., ein Handwerker mit zwei Monaten und 30000 Mk. bestraft. Die Verurteilten hatten gemeinsam Kartoffeln in Sommer und Winter aufgekauft und sie in Fabriken mit hohem Gewinn wieder abgesetzt.

Großes Eisenbahnunfall in Frankreich. An die zahlreichen Eisenbahnkatastrophen der letzten Monate reiht sich jetzt ein neues schweres Unglück, das sich auf dem Bahnhof in Reims zugezogen hat. Der Schnellzug Charleville-Paris entgleiste kurz vor der Einfahrt in den Bahnhof von Reims. Dabei wurden vier Wagen vollkommen zerstört und ungefähr 40 Personen unter den Trümmern mit teilweise sehr schweren Verletzungen hervorgerufen. Bei 11 dieser Personen, die in die Reimsier Krankenhäuser eingeliefert werden mußten, wird an ihrem Aufkommen gezweifelt.

Allerlei Wissenwertes.

Die Fußreise um die Welt.

Ein paar Jahre vor dem Kriege hatte das italienische Ehepaar Casali vorübergehend mit keinem Plan, zu Fuß die Welt zu umwandern und dabei allerlei wissenschaftliche Untersuchungen, besonders geologischer und klimatologischer Natur, vorzunehmen, die Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Jetzt erst, nachdem der Krieg das Unternehmen unterbrochen hatte, erzählt man, wie weit es gediehen war. Wie der „Piccolo della Sera“ berichtet, befinden sich die jenseitigen Reisenden seit einigen Tagen in Triest, um von dort aus mit neuen Kräften ihre Weltwanderung wieder aufzunehmen. Am 25. August 1909 waren sie von Mailand aus aufgebrochen. Ihr Vorhaben hatte jedoch, abgesehen von den Schwierigkeiten, denen es seiner Natur nach ausgesetzt war, noch mit allerlei besonderem Mißgeschick zu kämpfen. Die beiden Begleiter, die sich ihnen angeschlossen hatten, fünf Studenten, nicht gemacht gewesen, so daß das Ehepaar schließlich allein blieb. Unter anderem wurde die Reisegesellschaft in Albanien von Briganten überfallen und konnte sich nur dank der Unterstützung einer mazedonischen Karawane retten, die die Angreifer in ihrer Verteidigung unerschützte und die Räuber in die Flucht schlug. Doch blieben drei Tote auf dem Kampfsplatz, darunter auch einer der Begleiter des Ehepaars Casali. Bei einer Bergbesteigung

hatte ein anderer der Studenten einen Anfall; er fiel in eine Felschlucht, aus der er zwar gerettet wurde, aber mit gebrochenem Bein, was ihm die Weiterreise verbot.

In Barona verlor die Gesellschaft den dritten ihrer Begleiter; er erkrankte und erlag im Hause des italienischen Konsuls einer Brustfellentzündung. Dieser Fall machte auf die beiden übrig gebliebenen jungen Leute nach allem Vorausgegangen einen so tiefen Eindruck, daß sie freiwillig die Weiterreise aufgaben und nach Mailand zurückkehrten. Die Casalis ließen sich jedoch nicht abhaken und leiteten ihre Wanderung fort. Sie haben in der Tat einen ungeheuren Weg zurückgelegt. Von Italien gingen sie nach Österreich-Ungarn, von Kroatien und Dalmatien nach Montenegro; von hier führte sie ihre Reise nach Albanien, Bulgarien, Serbien, Rumänien, Ägypten, Tripolis, Tunis, Algerien und Marokko. In Argentinien nahmen sie ihren Weg wieder auf, gelangten nach Argentinien, Chile, Peru, Ecuador, Panama, Porto Rico, Jamaika, Cuba, Mexiko, dann durch Florida und Virginia nach New York und von da nach San Francisco. Während sie hier das Schiff erwarteten, das sie nach Melbourne bringen sollte, brach der Krieg aus, der ihren weiteren Unternehmungen zunächst ein Ziel setzte.

Molières Tod. „Ein Arzt ist ein Mensch, der dafür bezahlt wird, daß er im Zimmer eines Kranken Narzessen zum besten gibt, bis die Natur diesen geheilt hat oder die Medikamente ihn umgebracht haben.“ So und ähnlich pflegte Molière im Gespräch und in seinen Werken von den Ärzten zu reden. Diese waren allerdings zu Molières Zeiten in der Mehrzahl noch nicht die wilden, geschulten und gekleideten Männer späterer Zeiten, sondern riesenperücken auf dem Kopfe, ritten sie auf ihren Maultieren durch die Straßen der Stadt, betreten feierlich und geheimnisvoll die Krankenzimmer und redeten nur Latein oder ein scholastisch verdrücktes Französisch. So hat sie der Dichter oft dargestellt, hat er deutlich erkennbaren Masken aus bekannte Diktoren der Fakultät angepöbel und ihnen keine Lächerlichkeit erspart. Molière war von kräftlicher Konstitution und schon viele Jahre kräftig, aber die Hitze der Pariser Wälder erkrankte er mit Spott zurück. Unter seinen näheren Freunden befand sich ein Arzt, der ihm die neuesten Worte und Wendungen der Medizin lieferte, die der Dichter in seiner Komödien, Farcen und Singspielen lustig vermetete und verdrehte. Diesen sah König Ludwig XIV. einmal an Molières Tisch sitzen und sagte: „Ah, da ist Ihr Arzt. Was tut er mit Ihnen?“ „Stre.“ antwortete der Dichter, „wie unterhalten uns. Er verschreibt mir Heilmittel; ich nehme sie nicht und werde gesund.“ — Aber er wurde nicht gesund. Ein Jahr vor seinem Tode suchten ihn seine Freunde zu bewegen, die Bühne zu verlassen und sich ganz seiner Gesundheit und der Dichtkunst zu widmen. Die Akademie bot ihm unter dieser Bedingung einen Platz an. Molière erwiderte, es sei für ihn eine Ehrenpflicht, bei seiner Truppe zu bleiben. „Was ist das für eine Ehre,“ sagte Boileau, der Angehörige der Akademie und Freund des Dichters, „den Schmausbari Sganarelles sich anzumalen und Stöckelzüge abzukommen?“ Eine schöne Ehre für einen Philosophen, wie Sie!“ Aber Molière wollte seine Getreuen nicht verlassen. Sein Leben verfinsterte sich. Ein anderer hätte nun wohl doch seine Zuflucht zu der Medizin genommen. Er indes schrieb die berüchtigte Satire auf ihre Kunst in seinem „Eingebildeten Kranken“, der im Februar 1673 aufgeführt wurde. Aber die Fakultät sollte gerächt werden. Am Tage der vierten Aufführung dieses mit großem Beifall aufgenommenen Stückes fühlte sich Molière schlechter als gewöhnlich. Die Schauspieler rieten ihrem verehrten Direktor, nicht anzutreten, die Vorstellung abzulassen. Er war nicht davon abzubringen und spielte, selbst todkrank, den eingebildeten Kranken mit vollendeter Kunst. Erst gegen Schluß, in dem grotesken Ballett, in dem Frau feierlich in die Fakultät aufgenommen wird und den Treuschwur leisten muß, versagten seine Kräfte. Bei dem Worte „Juro“ (ich schwöre) brach er zusammen, vermachte aber noch seine Konvulsion durch ein forciertes Lachen zu verberaten. Als er sich die Aufführung zu Ende und gleich danach wurde der Dichter in seine Wohnung getragen. Die Geisteskranken, nach denen man schickte, verweigerten dem Komödianten, der ihresselbst in dem Lärm so erbarmungslos verspottet hatte, den letzten Beistand. Molière starb in den Armen von zwei barmherzigen Schwestern, die der freigebige Menschenfreund in seinem Hause gastfrei aufgenommen hatte. Der Erbschaft von Paris, ein Mann, dessen ausschweifendes Leben bekannt und berüchtigt war, verbot das kirchliche Begräbnis, und es bedurfte erst eines Befehls des Königs, um Molière die letzten Ehren zu sichern. Aber auch dieser Befehl wurde nur halb befolgt. Zwei Geisteskranken begleiteten nachts die Bahre gerademwegs zum Friedhof, ohne sie vorher in der Kirche aufstellen zu lassen. Es gab keine Musik und keine Ansprache. Schweigend folgten 200 Menschen mit Fackeln in den Händen dem Sarge des großen Dichters.

Fanny Grahl
Ludwig Dedeke

Verlobt. (1922)
Dresden, Januar 1922.

Heute entgeht
lang nach langem,
ihrem Leben
meine liebe Frau,
unser gute Mutter,
Schwiegermutter u.
Großmutter (12384)

Margdalene Wolff
geb. Hill

im 57. Lebensjahre.
In ihrer Trauer:
Carl Wolff
Carl Wolff
und Frau, geb. Eck
nebst Enkelkinder,
Nebenherren u.

Trauerfeier Sonn-
abend, den 22. d. M.,
nachm. 2 30 Uhr, in
der Kirche St. Marien.

Suppenkochen zu drei
Uhr, 23. d. M., Sonntag.

1. d. M. Sonntag, 12. d. M.,
nachm. 2 30 Uhr, in
der Kirche St. Marien.

1. d. M. Sonntag, 12. d. M.,
nachm. 2 30 Uhr, in
der Kirche St. Marien.

Theaterverein
„Freiheit“.

Am Montag nach
unter Hilde Wul-
gast (12389)

Rudolf Dose.
Gibt seinen Zu-
denken!

Beerdigung Frei-
tag 1 Uhr Sonntag
Der Verlobt.

Ein edler Reitpferd
zu verkaufen. Schwanen,
Königsallee 4. (12327)

8 Bogen
Zeit
in 100
Stübe, 12387

Schneiderei: Zucht 18.

Beabsichtigt zu verm.
(12388) Wöhlmann 2a.

1. d. M. Sonntag, 12. d. M.,
nachm. 2 30 Uhr, in
der Kirche St. Marien.

Neue Ausgabe!
Gültig ab 1. Januar 1922

Die Einkommensteuer
vom Arbeitelohn
(Lohnsteuer)
Von Wilhelm Keil.
Preis Mk. 4.50.
Buchhandlung des
Verlags „Freiheit“

Für Geburtstags- und Verlobungs-Geschenke eignen sich unsere in verschiedensten Preislagen vorrätigen Briefkassetten, Briefmappen, Damenschreibmappen, Blumen-Briefarten mit Umschlägen, Notizbüchlein in Wattpapier, Umschlag, Visitenkarten und die reichhaltige Unterhaltungsliteratur.

Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Es ist nicht immer einfach,
doch leicht ist hier die Wahl,
verlange niemals Schuhercreme,
verlange stets **Edal**
putzt die Schuhe, pflegt das Leder!

Alleinhersteller: **Warner & Mertz A.-G. Mainz**

Fleisch- und Wurstwaren
in vorzüglicher Qualität liefert an Private und Wiederverkäufer
Otto Reining,
Lübeck-Stoddeisdorf,
Schlachtereim, Wurstfabr.
Telephon 1521. (12324)

Paul Levi:
Unter Weg.
Widderden Postkassens
4 Markt.
Buchhandlung
Jr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.